

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1.50. Anzeigen: die dreigespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlestraße 28, I.

Nr. 40.

Hamburg, den 6. Oktober 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die Lage der Zimmerer in München. — Zur Gewerkschaftsstatistik. — Der achte Kongress für Hygiene und Demographie in Budapest. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Vermischtes. — Literarisches. — Quittung. — Berichtigung. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten in Düsseldorf von den Plätzen und Bauten der „Meister“ Frank, Philipp Fuchs und Wunsch, in Wandsbel vom Koch'schen Platz und von dessen Bauten.

Bekanntmachung und Aufforderung.

Wie in früheren Jahren, so hat auch der Verbands-Vorstand in diesem Jahre von dem ihm nach § 6 Abs. 4, 5, 6 und 7 des Statuts zustehenden Recht Gebrauch gemacht und eine Wanderunterstützung von 50 Pf. in jedem Lokalverband festgesetzt, welche von der Hauptkasse getragen werden.

Alles Nähere hierüber wird den betreffenden Auszahlern in den Lokalverbänden später durch eine besonders gedruckte Instruktion bekannt gegeben. Es wird jedoch jetzt schon darauf hingewiesen, daß die Auszahlung der Unterstützung auf Konto der Hauptkasse am 1. Dezember 1893 beginnt und mit dem 31. März 1894 endet.

Im Anschluß hieran ersuchen wir, in allen Lokalverbänden sofort die Wahl einer Person vorzunehmen, welche bereit und geneigt ist, die Unterstützung auszusahlen. Zu empfehlen wäre es, wenn irgend zugänglich, dies Amt dem Lokalkassierer mit zu übertragen.

Sobald die Person gewählt, ist dem Unterzeichneten sofort der genaue Vor- und Zuname, sowie Adresse desselben und wann (welche Tageszeit) die Unterstützung verabsolgt wird, mitzuteilen, damit die Adressen zusammengestellt und noch vor dem 1. Dezember bekannt gegeben werden können.

Gleichzeitig ersuchen wir, uns sobald als möglich Mitteilung machen zu wollen, wo die Stempel, welche zum Abstempeln der erhaltenen Unterstützung benutzt werden, unbrauchbar geworden sind, damit diese durch neue ersetzt werden können.

Ferner wird ersucht, uns sofort aus allen Lokalverbänden zu melden, wie viel Reiselegitimationen noch am Orte vorhanden sind. Es wird nämlich beabsichtigt, an Stelle der Reiselegitimationen eine andere Einrichtung (Kartentreten) zu lassen. Jedoch sollen die noch vorhandenen Legitimationen vorher verbraucht werden.

Der Verbands-Vorstand.

S. A.: Fr. Schrader, Vorsitzender.

An die Lokalkassierer und Revisoren der Lokalverbände.

Mit dem 1. Oktober war das 3. Quartal abzuschließen und sind die Gelder der Hauptkasse sofort zuzusenden. Es wird nochmals aus-

drücklich darauf hingewiesen, daß alle Gelder, welche nach dem 15. Oktober gesandt werden, erst für's vierte Quartal verrechnet werden können. Damit nun die „Neste“ endlich einmal verschwinden, wird dringend ersucht, doch recht pünktlich abzuschicken. Wenn auch die Abrechnung noch nicht ganz fertig gestellt ist, so kann doch das Geld zur rechten Zeit gesandt werden. — Die Revisoren werden ersucht, streng ihres Amtes zu walten.

H. Müllerstein, Hauptkassierer.

Die Lage der Zimmerer in München.

Nachdem die Lage der Zimmerer sowie die gewerblichen Verhältnisse in einigen norddeutschen Städten an dieser Stelle geschildert worden sind, dürfte es angebracht erscheinen, auch die Lage unserer Kameraden und die gewerblichen Verhältnisse in einer süddeutschen Großstadt zu beleuchten. Dies wird auch noch darum interessant sein, weil man bis jetzt meistens nicht bestimmt weiß, ob es unseren süddeutschen Kameraden gut genug oder zu schlecht geht, um sich in größerer Zahl als bisher an der Organisation zu beteiligen.

In München existieren nach den uns gemachten Angaben*) 180–200 sogenannte Arbeitgeber für Zimmerer. Diese Zahl wird freilich bedeutend größer, wenn man noch alle Bauschwindler resp. deren Strohmannen dazurechnet. Bestimmt läßt sich die Zahl der Letzteren natürlich nicht angeben, weil diese Zahl jeden Tag schwankt. Es ist ja bekannt, daß die Strohmannen der Baupelulanten nur eine kurze Zeit hindurch ein „glänzendes“ Dasein führen; nachdem laufen sie oft genug als gewöhnliche Lumpen umher. Diese Erscheinung trifft man in München wie in Hamburg, Berlin und anderen Orten.

Zimmerer werden in München 1200–1400 beschäftigt, davon wohnen 300–400 auswärts, oder besser gesagt, diese haben ihre Familien auswärts wohnen. Daneben werden etwa 200 bis 250 Lehrlinge und eine leider nicht zu bestimmende Zahl gewöhnlicher Arbeiter im Zimmergewerbe beschäftigt.

Die Arbeiten werden hier natürlich eben so schief ausgeführt wie in anderen Großstädten, von „Kunst“ kann man nur insofern reden, als die Puscherei in Betracht kommt, denn im gewissenen Sinne ist auch der Puschler Virtuose. Man wundert sich oft, daß die modernen Ruinen überhaupt stehen, und das Bemerkenswerteste dabei ist, bei Innungsmeistern muß ebenso gepuschelt werden wie bei Scharwerkern und Bauschwindlern. Wer etwa gute Arbeit liefern und dementsprechend längere Zeit auf das einzelne Stück Arbeit zubringen wollte, wird einfach fortgejagt. Das hindert die „Meister“ freilich nicht, gelegentlich zu behaupten, daß die Leistungsfähigkeit und der Kunstsinne der Bauhandwerker im Zurückgehen begriffen sind.

Bei Submissionen wird herunter geboten, daß es eine Art hat; hat irgend ein „Meister“

den Zuschlag, dann vergiebt er die Arbeiten wieder an die verschiedenen Berufs„meister“, an seinen Polier oder auch an Gesellen direkt in Afford; allerdings zu Schundpreisen. Die Scharwerker oder Kleinmeister, wie man diese hier nennt, müssen Kredit halten; sie rechnen meistens auch mit „Ausfall“, sie treiben so die Kraftanstrengung „ihrer Leute“ ebenso und vielleicht noch etwas höher als die eigentlichen „Meister“. Die Strohmannen der Bauschwindler reichen bekanntlich nur selten mit ihrem Futtergelbe aus, was ihnen der Schwindler darreicht, darum legen sie sich ihrerseits wieder auf Betrug, der darin besteht, daß sie oft genug den völligen Lohn erheben, aber nicht auszahlen.

Geschäfte mit irgend einer großen Zahl ständiger Zimmerleute giebt es fast garnicht; auf den Plätzen und Bauten geht es zu, wie auf einem Taubenschlage. Ist ein Stück Arbeit zu fertigen, dann wird angestellt, und sobald daselbe fertiggestellt ist, was ja auch bei den größten Objekten heute lächerlich rasch geschieht, dann wird entlassen. Bei großen „Meistern“ kommt es oft genug vor, daß Montags 20–30 Mann angestellt und Sonnabends darauf 40–50 Mann entlassen werden, so daß der Polier mit einigen „Getreuen“ und den Lehrlingen allein übrigbleibt. Bei Scharwerkern und bei den Strohmannen ist es selbstverständlich, daß die Dauer der Arbeit nur kurz ist. In München unterscheiden sich die Zimmerer im Wesentlichen nicht von den Gelegenheitsarbeitern!

Die Arbeitszeit beträgt im Sommer in der Regel zehn Stunden; darüber hinaus kann nur selten gearbeitet werden, weil die Schusterei derart ist, daß Viele die elfte Stunde garnicht aushalten würden. Von „Meistern“ hört man trotzdem oft sagen, zumal wenn sie den ganzen Tag über von einem Wirthshaus in's andere gestorft sind und in der Abendstunde, dreiviertel berauscht, zum Bau resp. auf den Platz kommen: „Heute ist das Luderzeug faul gewesen!“ —

Der Stundenlohn beträgt 38–45 Pf. Die niedrigen Lohnsätze werden am meisten, die höheren nur selten bezahlt, wo in Afford gearbeitet wird, müssen alle Sehnen angespannt werden, um auf die höchsten von den erbärmlich niedrigen Lohnsätzen zu kommen.

Die Behandlung, die sich die Münchener Zimmerer gefallen lassen, ist kaum zu beschreiben, der Bayer ist an und für sich grob, die Grobheit der Meister und die der Poliere geht aber noch weit über die angeborene Grobheit hinaus. Wer von Norddeutschland, wo die Galanterie bekanntlich auch nicht besonders gepflegt wird, nach hier kommt, glaubt zunächst, daß alle „Meister“ und Poliere einen besonderen Studienkursus in Schimpfwörtern durchgemacht haben.

Die ganze Erbärmlichkeit des Münchener Bauwesens zeigte sich kürzlich bei einem Baueinsturz, der freilich nicht vereinzelt dasteht. Ein Bauunternehmer, seines Zeichens ein Putzmacher, „baut“ in der Türkenstraße mit Sand, Wasser und von irgend einer Erdmasse hergestellten Backen, die den Ziegelsteinen täuschend ähnlich sehen, ein Haus neben einem schon fertigen. Die Eigentümer sind, wie bestimmt versichert

*) Die im Artikel angeführten Thatsachen sind uns von einem Kameraden in München zugestelt worden.

wird, in die Schornsteine des Nebengebäudes eingelegt worden, so daß fester Halt überhaupt nicht da war. Die ausführenden Personen durften zu alledem kein Wort sagen, denn neben dem Ruf, die erbärmlichsten Löhne zu zahlen, besitz der „Meister“ und auch dessen Polier eine ausgebildete Grobheit. Genug, Ende August stürzt der „Bau“ zusammen. Die Maurer waren glücklicher Weise nicht bei der Arbeit, es sind aber zwei Zimmerleute dabei verunglückt; der eine liegt im Spital, der andere in seinem Hause. Ob sie jemals wieder als Zimmerer arbeiten können, ist eine große Frage.

Soweit die gewerblichen Verhältnisse; betrachten wir nun auch das engere wirtschaftliche Leben der Münchener Zimmerer!

Aus Vorstehendem wissen wir schon, daß die Jahreseinnahme nicht hoch ist, denn es geht kaum an, anzunehmen, daß in der Regel 220 Tage im Jahre gearbeitet werden, viele Zimmerer haben kaum 200 Tage im Jahre Arbeit. Immerhin, da eine zuverlässige Statistik nicht vorliegt, sagen wir, das Jahreseinkommen der Münchener Zimmerleute beträgt Mk. 810—930. Die Wohnungsmiethen sind hier außerordentlich theuer. Ein heizbares Zimmer kostet monatlich Mk. 10 bis 11; zwei Zimmer mit Küche Mk. 25—30, und zwar in Arbeitervierteln, denn in den besseren Stadtgegenden kann ein Zimmerer die Wohnungsmiethen nicht aufbringen. Die Wohnungsmiethen, die von Familienvätern aufzubringen ist, beträgt also im Jahre Mk. 300—360.

Als Unverheiratheter gebraucht man pro Woche Mk. 12,50 für Kost, und dies ist keineswegs die beste, sondern sehr bescheiden. Rechnet man Logis, Belustigung, Genußmittel und Kleidung dazu, dann bleibt vom Lohne nichts übrig. Die Verheiratheten kommen damit selbstredend nicht aus, obgleich sie noch schlechter leben. Darum müssen deren Frauen auch meistens nebenbei mitarbeiten, ebenso die Kinder.

Wir finden also, zu gut geht es den Münchener Zimmerleuten nicht! Wir können aber auch nicht sagen, daß es ihnen so schlecht ginge, daß sie unserer Organisation nicht angehören können; denn dieses lassen wir nur bei solchen Leuten gelten, die so erbärmlich schlecht leben müssen, daß sie zum Denken unfähig sind. Und so weit ist es hier noch nicht. Im Gegentheil, die Stupidität kommt daher, das Geistesleben der bayerischen Arbeiter ist überhaupt noch zurück, das ist noch garnicht genug angeregt, es hat, besser gesagt, noch garnicht recht angeregt werden können; viele glauben noch, die gegenwärtigen Zustände seien von Gott geschaffen und unabänderlich. Und wenn selbst der Einzelne diesen Glauben nicht einmal ernst nimmt, dann lebt er doch in seiner alten Tradition, im Schlandrian dahin.

Man darf auch nicht vergessen, daß in Bayern die starren Zunftgesetze am längsten bestanden haben und daß sich dort die Bauhandwerker, das heißt die Gesellen, zu selbstständigen Klassenorganisationen niemals durchgerungen haben. Diese standen immer unter der Bootmäßigkeit der Behörden und der Meister. Daneben muß freilich den bayerischen Zunftmeistern, soweit das Baugewerbe in Betracht kommt, auch nachgesagt werden, daß sie ihre Privilegien mehr dazu verwandten, ihre Konkurrenten zu beschränken, als die Gesellen bis auf's Aeußerste auszumerzen, wie das die modernen „Zunftmeister“ thun. Noch in der Mitte dieses Jahrhunderts strebten die bayerischen Zunftmeister in der Weise an. 1847 zählte man in ganz Bayern 2655 Zimmermeister und 19884 Zimmerergehülfsen (Gesellen und Lehrlinge zusammen); 1861 zählte man 2351 Zimmermeister und 19679 Gehülfsen. Diese Erscheinung steht in Deutschland einzig da und sie ist lediglich das Werk der damaligen Zunftmeister, die sich gegen die von 1810 an herrschenden liberalen Grundsätze der Regierung in Gewerbesachen auflehnten und 1853 auch thatsächlich eine „Instruktion“ erlangten, die ihnen ermöglichte, die Zahl der im Gewerbe Beschäftigten einzuschränken.

Es ist überflüssig, heute darüber zu philosophieren, ob die Bestrebungen der damaligen Meister gerecht oder ungerecht waren, es kommt uns nur darauf an, zu zeigen, woher es kommt, daß die bayerischen Zimmerleute im Allgemeinen so rückständig sind und den Klassenkampf noch nicht recht begreifen, der geführt werden muß, um nicht zum Vieh herabzusinken. Es giebt in den bayerischen Städten also keine Tradition, die auf Organisation in unserem Sinne zielt, und den Zimmerleuten die vom Lande kommen, muß das gewerkschaftliche ABC erst recht eingepaukt werden.

Die heutigen „Zunft“ und anderen „Meister“ thun in dieser Beziehung ihre volle Schuldigkeit, wie wir zeigten; die Schinderei steht in hoher Blüthe. Es liegt nunmehr an uns, daß auch wir, d. h. Diejenigen, welche die Nothwendigkeit der Organisation begriffen haben, unsere volle Schuldigkeit thun und mit aller Kraft für die Ausbreitung der Organisation thätig sind. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die meisten Mißstände im Zimmerergewerbe mit der Organisation beseitigt werden können; daß diese Mißstände noch immer größer werden, wenn sich unsere indifferenten Kameraden noch weiter so stupide der Organisation gegenüber verhalten.

Ganz gewiß, es ist nicht leicht, speziell in München, etwas zu bewerkstelligen. Die bayerischen Zimmerer im Allgemeinen lesen nicht gern; Versammlungen, die dem Zweck entsprechen, sind mit ziemlichen Geldkosten verknüpft; unter Mk. 18 bekommt man eine solche nicht zusammen. Es bleibt also nur noch übrig, daß wir auf der Arbeitsstelle unser Möglichstes versuchen; daß auch hier schwierige Verhältnisse mitreden, zeigten wir oben. Immerhin, wir müssen vorwärts, wir dürfen uns nicht dem Glauben hingeben, als ständen uns unübersteigliche Hindernisse im Wege. Den Muthigen gehört die Welt!

Zur Gewerkschaftsstatistik.

Die „Statistik über die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1893“ liegt nunmehr, von der Generalkommission bearbeitet, vollständig vor. Dieselbe ist in den Nummern 29 bis 31 und 33 des „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht worden. Das Bemerkenswerthe, was die Statistik zeigt, ist, daß die Stärke der Organisationen im großen Ganzen eine Veränderung so gut wie garnicht erfahren hat. Dies ist insofern erfreulich, weil man sich in Anbetracht der allgemeinen Geschäftskrisis im vorigen Jahre auf ein weiteres Zurückgehen der Gewerkschaften gefaßt machen mußte.

Bekanntlich gab die Statistik von 1892 in unserem Verbands Veranlassung zu verschiedenen Diskussionen, insbesondere zogen einige Mitglieder des Lokalverbandes Hamburg daraus den Schluß, daß die Verwaltungskosten und die Ausgaben für das Fachorgan in den Organisationen am niedrigsten wären, die die höchste Mitgliederzahl zu verzeichnen hätten. Wir empfehlen daher, die vorliegende Statistik besonders in Bezug hierauf einzusehen. Als außerordentlich bemerkenswerth wollen wir gleich selbst anführen, daß die Mitgliederzahl der Maurer von 11842 im Jahre 1892 auf 12167 im Jahre 1893 gestiegen ist; die Ausgaben pro Kopf für „Gehälter“ sind dieselben geblieben; die Ausgaben für das „Verbandsorgan“ sind von Mk. 1,82 pro Kopf im Jahre 1892 auf Mk. 1,97 im Jahre 1893 gestiegen. Dieselbe Erscheinung bei den Metallarbeitern. Die Mitgliederzahl stieg von 26121 auf 28429, die Ausgaben für „Gehälter“ von 29 auf 30 Pf. und die Ausgaben für das „Verbandsorgan“ von Mk. 1,20 auf Mk. 1,31 pro Kopf. Die Mitgliederzahl unseres Verbandes ging — allerdings nach dieser Statistik — von 8371 im Jahre 1892 auf 7673 im Jahre 1893 zurück; die Ausgaben pro Kopf hätten demnach steigen müssen, trotzdem blieb die Ausgabe für „Gehälter“ auf gleicher Stufe wie im Vorjahre und die Ausgabe für das „Verbandsorgan“ verringerte sich noch gegen das Vorjahr! Der Staub, der im vorigen Jahre gerade durch Erscheinen

der Gewerkschaftsstatistik aufwirbelte, war also ganz überflüssig.

Wir bemängelten im vorigen Jahre die Methode, die von der Generalkommission zur Ermittlung der Resultate angewandt wurde; wir sahen uns dazu lediglich dadurch veranlaßt, weil auch die Generalkommission in der Nr. 26 des „Correspondenzblatt“ 1893 versuchte, auf Grund der statistischen Ergebnisse die Einrichtungen der einzelnen Organisationen in Hinsicht ihres Kostenpunktes miteinander zu vergleichen. Unsere diesbezüglichen Einwände sind in der Nr. 48 des „Zimmerer“ 1893 veröffentlicht worden.

In Bezug hierauf bemerkt nun die Generalkommission in ihrer diesbezüglichen Veröffentlichung:

„Im vorigen Jahre erklärte „Der Zimmerer“, daß diese Art der Berechnung (pro Kopf) ungenau und Verwirrung zu veranlassen geeignet sei. Als Grund hierfür wurde angeführt, daß bei der Berechnung der Einnahmen und Ausgaben pro Kopf der Mitglieder nicht, wie dies hätte geschehen müssen, der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl, sondern der am Schluß des Jahres vorhandene Bestand an Mitgliedern zu Grunde gelegt ist. Diese Einwendung ist zutreffend, weniger zutreffend die von demselben Organ ausgesprochene Hindeutung, es liege der Generalkommission daran, die Statistik nach ihren Herzenswünschen zu gestalten. Unser Herzenswunsch ist nur, die Organisationen möglichst stark und widerstandsfähig zu sehen. Würden wir aber den Versuch machen, die Statistik nach dieser Richtung hin zu beeinflussen, dann wäre es unzweckmäßig, bei event. zu hoher Angabe der Mitgliederzahl die Leistungen an Beiträgen auf den Kopf der Mitglieder zu berechnen. Es würde ein Versuch, die Statistik irgendwie zu beeinflussen, sich sofort selbst bestrafen. Es kann uns also nicht das Geringste daran liegen, die Zahlen, welche uns von den Vereinsvorständen angeben werden, durch die Berechnungen günstiger oder ungünstiger zu gestalten, sondern es ist unser eifrigstes Bemühen, gerade bei diesen Aufstellungen objektiv die Sachlage vor Augen zu führen. Wir freuen uns, wenn die Statistik einen günstigen Stand der Gewerkschaftsbewegung zeigt, haben aber keine Ursache, das zu verschweigen, was tadelnswerth ist, haben dieses auch nicht gethan und werden es weiter nicht thun, denn ohne die nothwendige Kritik würde eine Verbesserung dessen, was heute unzweckmäßig ist, nicht erfolgen.“

Hierauf haben wir zu erwidern, daß von unserer Seite der Generalkommission ein verärgertes Vorwurf nicht gemacht worden ist. Wir schrieben in unserer Nr. 48 unter Anderem:

„Es muß hier eine Bemerkung über die oft ganz verkehrte Anwendung der Statistik eingeschaltet werden. Während man sonst die Statistik pflegt, um die thatsächlichen Verhältnisse kennen zu lernen und dann eine Theorie aufzubauen resp. um dann Reformen vorzunehmen, giebt es in den deutschen Gewerkschaften eine Anzahl Personen, die vorgefaßte Herzenswünsche durch irgend welche statistische Daten zu bekräftigen versuchen. Diese Leute untersuchen die Statistik, dann auch nicht etwa nach allen Richtungen hin objektiv, sondern sie suchen in der Statistik irgend welche Stellen, die ihren Herzenswünschen entsprechen. Alles Andere wird dann gewöhnlich ignoriert.“

Dies scheint sich auch der Verfasser der obigen Sätze angezogen zu haben, was ihm sicherlich nicht passiert wäre, wenn ihm zugleich unsere Nr. 46 von 1893 vorgelegen hätte. Diese Stelle gilt eben ganz wem Anders. Auf die Generalkommission hatte vielmehr die folgende Stelle in Nr. 48 Bezug:

„Es fällt uns natürlich nicht ein, irgend wen zu beschuldigen, unrichtige Angaben gemacht zu haben, aber wir glauben, daß uns bis hierher schon der Beweis vollständig gelungen ist, daß die Zahlen zu Schlüssen und

zu Vergleichen innerhalb der Organisationen nicht zu gebrauchen sind. Es wäre wünschenswerth, daß in Zukunft die Angaben genauer und die Bearbeitung eingehender würde."

Die Generalkommission schreibt nun weiter: „Der Zimmerer“ hat aber insofern mit seinen Einwendungen Recht, als thatsächlich bei Zugrundelegung der Mitgliederzahl am Schluß des Jahres die Berechnung der Ausgaben pro Kopf der Mitglieder nicht vollständig richtig ausfallen wird. In den Organisationen, welche am Schluß des Jahres an Mitgliedern abnehmen, wie dies besonders bei den Organisationen der Bauhandwerker der Fall ist, wird sowohl die Jahreseinnahme wie auch die Ausgabe, pro Kopf der Mitglieder berechnet, höher erscheinen, während in den Organisationen, welche gegen Ende des Jahres an Mitgliedern zunehmen, das umgekehrte Verhältniß eintritt. So sehr wir auch wünschen, daß die Statistik und die daran geknüpften Berechnungen möglichst genaue werden, so wenig werden wir dies erreichen. Diese Schwankungen und Abweichungen werden stets vorkommen, so lange die Zählung der Mitglieder in den Gewerkschaften am Schlusse des Quartals erfolgt. Wir halten diese vierteljährliche Zählung auch für vollkommen ausreichend und betrachten die Abweichungen, wie sie aus der Art unserer Berechnung entstehen, nicht als so gewaltig in's Gewicht fallend."

Uns leuchtet diese Auffassung nicht recht ein; noch dazu, wenn die Statistik zu Vergleichen der Organisationen untereinander benutzt werden soll. In diesem Falle muß dieselbe doch mindestens annähernd den wahren Zustand erkennen lassen, das thut die gegenwärtige Statistik aber keineswegs, sondern der wahre Sachverhalt wird oft genug geradezu auf den Kopf gestellt. Hören wir aber zunächst die Generalkommission weiter, sie schreibt:

„Die Zahl der Mitglieder wird sich für die Statistik verschieden feststellen lassen. Bis jetzt haben wir stets die Mitgliederzahl, welche am Schluß des Jahres vorhanden war, angeführt. Würden wir den Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt der Berechnung zu Grunde legen, so würde diese wohl etwas genauer, als die nach unserer bisherigen Methode gemachte. Wöllig genau würde das Resultat aber doch nicht, sofern die Zählung der Mitglieder nicht in kürzeren Perioden als vierteljährlich erfolgt. Die Schwankungen des Mitgliederbestandes können in einem Quartal so bedeutende sein, daß sie das Resultat der Durchschnittsberechnung ebenso beeinflussen würden, wie dies im anderen Fall, wenn der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres bei der Berechnung zur Anwendung kommt, sein kann. Wir haben bei der Statistik für das Jahr 1893 dieselbe Rechnungsmethode beibehalten wie für 1892, weil wir durch die Gegenüberstellung der Zahlen für diese Jahre feststellen wollten, ob sich erhebliche Abweichungen in den Ausgaben pro Kopf der Mitglieder ergeben. Wenden wir dann für die beiden folgenden Jahre den Jahresdurchschnitt der Mitglieder bei der Berechnung an, so läßt sich dann vergleichen, welche Berechnungsmethode das zuverlässigste Resultat ergibt. Zeigen sich für die nächsten Jahre geringere Schwankungen, wie sie zwischen 1892 und 1893 vorhanden sind, so wird dann erst entschieden werden können, welche Rechnungsmethode allgemein empfohlen werden kann.“

Bei einigem Nachdenken leuchtet hier sofort ein, daß die Ergebnisse nach der Methode, welche die Generalkommission nun annehmen will, einfach nicht befriedigen können, denn der wichtigste Umstand, der einer Vergleichung der Organisationen untereinander im Wege steht, ist die sehr verschiedenartige Zählung der Mitglieder. Die Generalkommission schreibt noch: „Nun würde sich die genaue Mitgliederzahl wohl aus der Anzahl der gezahlten Beiträge berechnen lassen. Doch auch hier wird man

auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Die Höhe der Beiträge ist, wenigstens in einigen Organisationen, nicht für alle Mitglieder gleich. Es wird deswegen in diesen Organisationen schwer fallen, aus der Beitragszahlung den Mitgliederbestand für ein Jahr zu berechnen. Ferner kommt aber in Betracht, daß dann die arbeitslosen oder kranken Mitglieder, welche vom Beitrag befreit sind, dagegen die Leistungen der Organisation in Anspruch nehmen, nicht mit eingerechnet würden. Wollte man unter Berücksichtigung aller dieser Punkte die Buchführung einrichten, um die genaue Mitgliederzahl zu erhalten, so würde dazu eine Aufwendung von Arbeitskraft nothwendig sein, die dem Werth, welchen diese ganze Berechnung hat, keineswegs entspricht. Wenn wir auch sehr für eine korrekte Buchführung in den Organisationen sind, so könnten wir doch die sich bei solchen Ansprüchen ergebenden bürokratischen Einrichtungen für die Gewerkschaften nicht für zweckdienlich erachten. Wir hielten diese Ausführung für nothwendig, um zu zeigen, daß wir gewillt sind, die Statistik so zu gestalten, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen die zuverlässigsten Resultate ergeben kann.“

Wir stellen uns die Sache nicht so schwierig vor wie die Generalkommission, denn in unserem Verbands sind die Beiträge verschieden, trotzdem läßt sich die Mitgliederzahl feststellen; dies wäre allerdings nicht möglich, wenn die Abrechnung anders als jetzt zusammengestellt wird. Aber wir meinen, daß unsere heutigen Einrichtungen noch nicht „bürokratisch“ sind, dieselben ließen sich sehr wohl allerwärts durchführen.

Es kommt indessen gar nicht so sehr auf die peinlich genaue Zählung der Mitglieder an, sondern es muß eine gleichmäßig genaue oder ungenaue Zählung stattfinden, wenn man die gewonnenen Resultate als vergleichende Statistik benutzen will. Das ist es, was wir im vorigen Jahre betonten und auch jetzt wieder hervorheben müssen. Wir sind uns keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß eine gleichmäßige Zählungsart nicht etwa sofort eingeführt werden kann, Jahre werden noch vergehen, bevor wir soweit kommen; das darf uns aber nicht abhalten, auf die Nothwendigkeit derselben hinzuweisen!

Wir gaben unserer Kritik im vorigen Jahre schon eine Tabelle bei, die zeigte, wie verschieden ungenau in den einzelnen Organisationen die Mitgliederzahl ermittelt wird; wir haben auch dieses Jahr wieder eine solche Tabelle nach den veröffentlichten Abrechnungen der benannten Organisationen zusammengestellt und lassen dieselbe hier folgen:

Name der Gewerkschaft	Mitgliederzahl		In der Rechnungszeit sind eingetretene Mitglieder, nach dem Eintrittsgeld berechnet
	nach Zählung	nach Berechnung der Beiträge	
Holzarbeiter ¹⁾ ...	24116	20364	15,5
Maurer ²⁾	11959	10096	15,6
Metallarbeiter ³⁾ ..	28429	19900	30,7
Schneider ⁴⁾	8547	5169	39,7
Schuhmacher ⁴⁾ ..	10544	7098	32,8
Zimmerer ⁵⁾	8121	7794	4

Bemerkungen: ¹⁾ Nach den bisher erschienenen drei Abrechnungen, 1. Juli 1893 bis Ende März 1894. ²⁾ Nach der 1/2 Jahresabrechnung, 1. Juli 1892 bis Ende Dezember 1893. ³⁾ Nach der Jahresabrechnung 1893. ⁴⁾ Nach der Abrechnung vom 2. Quartal 1893. ⁵⁾ Nach der Jahresabrechnung 1893. ⁶⁾ Hier von sind 554 zum zweiten und öfteren Male eingetreten.

Zu der Tabelle selbst haben wir zu bemerken, daß dieselbe zu anderen Zwecken als den unserigen nur vorsichtig angewandt werden kann, weil die Zeiträume, über die sich die verschiedenen Abrechnungen, die uns vorlagen, erstrecken, sehr verschieden sind. Eine Abrechnung gilt für 1 1/2, zwei für ein, eine für 3/4 und zwei für 1/4 Jahr, das ist für unseren Zweck gleichgültig, nicht aber zu jedem Zweck! Außerdem haben einige auf-

geführte Gewerkschaften weibliche Mitglieder, die geringeres Eintrittsgeld und auch geringere Beiträge als die männlichen Mitglieder zahlen. Wir haben dieselben bei der Berechnung nicht berücksichtigt; dadurch erscheint der Prozentsatz der „Listemitglieder“ etwas größer, als er in Wirklichkeit ist, und die Zahl der eingetretenen Mitglieder müßte entsprechend größer sein. Die Differenz wird nicht sehr groß sein; indessen fühlen wir uns verpflichtet, diesen Mangel an genauer Rechnung hervorzuheben.

Sonst redet die Tabelle aber eine deutliche Sprache! Dieselbe zeigt klipp und klar, daß zu einer vergleichenden Statistik den deutschen Gewerkschaften die Grundlage fehlt. Ganz nothdürftig ließe sich eine vergleichende Statistik dadurch herstellen, wenn wir die für 1893 angegebenen Mitgliederzahlen durch die in unserer Tabelle angegebenen Prozentsätze der Listemitglieder reguliren; zu fast genauen vergleichenden Daten würde man auf diese Weise dann kommen können, wenn an Stelle der Mitgliederzahl am Jahreschluß, die durchschnittliche Mitgliederzahl angegeben wäre.

Unsere Tabelle enthält in ihrer letzten Rubrik auch die Zahl der während der Rechnungszeit eingetretenen Mitglieder, soweit wir diese Zahl nach den vorliegenden Abrechnungen ermitteln konnten. Diese Seite der Gewerkschaftsorganisation ist von der Generalkommission bisher bei den statistischen Erhebungen noch nicht berücksichtigt worden, wir möchten gerade auf Grund des Bildes, das unsere Tabelle darstellt, den Wunsch aussprechen, daß die Statistik der Generalkommission in Zukunft dahin erweitert wird. Denn Nachtheile können daraus für die Organisationen nicht entstehen.

Zum Schluß möchten wir noch einen Wunsch äußern, nämlich den, daß etwaige Kritiken an der Gewerkschaftsstatistik — soweit dieselben rein sachlich sind natürlich — im „Correspondenzblatt“ selbst veröffentlicht würden. In der übrigen Gewerkschaftspressen, soweit in derselben die Statistik nicht vollständig nachgedruckt wird, nimmt die Kritik, wegen der unerläßlichen Wiederholungen, zu viel Raum ein; außerdem ist es eine Frage, ob sich alle oder auch nur der größte Theil der Leser der Gewerkschaftspressen für solche Sachen interessirt. Uebrigens dürfte es noch nach verschiedenen anderen Hinsichten werthvoll sein, daß die Kritiken möglichst beisammen bleiben.

Der 8. Kongreß für Hygiene und Demographie in Budapest.

Wir leben im Zeitalter der internationalen Kongresse. Die gleichartige Kulturentwicklung in den Industriestaaten, der enorm gesteigerte Handel und Verkehr, Dampf und Elektrizität haben die nationalen Grenzen durchbrochen, die sprachlichen Schwierigkeiten der Verständigung überwunden. Wenn irgendwo, erscheint die Internationalität auf den Gebieten der Hygiene und Demographie^{*)} geboten; die Ergreifung gemeinsamer Abwehrmaßregeln gegen Einschleppung von Seuchen, die Bekämpfung der großen Volkskrankheiten, die in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen über die Hygiene der Arbeit, der Ernährung, des Wohnens, der Wasserversorgung und Beseitigung der Abfallstoffe aus den Millionenstädten der Neuzeit sind naturgemäß Gegenstand internationaler Berathung, ebenso wie die Art und die Ergebnisse statistischer Aufnahmen über Bevölkerungszunahme und -Zusammensetzung, Morbidität und Mortalität, die Demographie der Land- und gewerblichen Arbeiter etc. Und doch, trotz ihrer Berechtigung, tragen auch die internationalen wissenschaftlichen Kongresse der letzten Jahre den unverkennbaren Stempel der zunehmenden Entartung der bürgerlichen Gesellschaft. Der kürzlich in Budapest stattgefundenen 8. Kongreß für Hygiene und Demographie hat, ebenso wie der internationale Aerztetkongreß in Rom, nur einen neuen Beweis dafür geliefert. Und doch verzeichnet der Kongreß einen Fortschritt: zum ersten Mal seit dem 40jährigen Tagen dieser Kongresse für Hygiene und Demographie hat die Arbeiterfrage in sozialdemokratischer Auffassung die Kreise der bürgerlichen Vertreter gestört.

Daß die Arbeiterfrage auf den Kongreß gehört, bedarf keiner Erörterung; immer auch hat sie sowohl in der hygienischen Abtheilung bei derjenigen Sektion, welche sich mit den Gewerkskrankheiten, der Wohnungs- und Ernährungsfrage beschäftigte, als auch nach der

^{*)} Wörtlich: Volksbeschreibung, d. h. Lehre von der Zusammensetzung der Bevölkerung und den aus der Bevölkerungsstatistik sich ergebenden Beziehungen und Gesetzen.

Abzweigung der demographischen Abtheilung bei der Bevölkerung- und Berufsstatistik, der Erörterung der Kindersterblichkeit, des Alkoholismus zc. eine Rolle gespielt, auch hat es an der Teilnahme sozialdemokratischer Vertreter aus früheren Kongressen (in Wien und London) nicht gefehlt. Aber erst der gewaltige Fortschritt der organisierten Arbeiterbewegung in allen Industrieländern, die Entwicklung des staatlichen Arbeiterschutzes und der sozialpolitischen Gesetzgebung als Folge dieser Machtenfaltung des Proletariats hat es zu Wege gebracht, daß sowohl die Zahl der Vorträge, die sich mit der sozialen Arbeiterfrage beschäftigen, als auch die Art der Behandlung auf dem Budapest Kongresse so ganz verschieden war von der früherer Kongresse.

Zum ersten Male beschäftigte sich der Kongress mit dem Einfluß der gesetzlich beschränkten Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter, mit den Angelegenheiten der kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter, mit der Degeneration der Bevölkerung durch den Kapitalismus, mit der landwirtschaftlichen Kolonisation, mit der Malthus'schen Bevölkerungstheorie im Lichte der modernen Auffassung zc.

Zum ersten Male lag das Referat über Arbeiterfragen, zum Theil ausschließlich, in den Händen ausgeprägter Sozialdemokraten, zum ersten Mal war in der Behandlung dieser Fragen ein vollständiger Bruch mit den Anschauungen des Manchesterthums, eine Anerkennung unserer Forderungen zu konstatieren.

Noch auf dem 1884er Kongress in Haag konnte Napas-Paris als Quintessenz eines Vortrags „über das Recht und die Pflicht des Staates und der Fabrikanten, Maßregeln für die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung zu ergreifen“, eine Resolution beantragen, welche alle gesetzlichen Vorschriften verwirft und von den Regierungen lediglich die Unterstützung von Hilfsvereinen verlangt; noch auf dem 1887er Kongress in Wien wurde die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit verworfen, auf dem letzten Kongress in London die freiwillige Versicherung der Arbeiter für ausreichend erklärt.

Wie anders diesmal! Die XIX. Sektion sprach sich einstimmig (nach einem Vortrag von Singer-Wien)

„im Hinblick auf die allgemein zu Tage getretenen fegensreichen Folgen der allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit und die hygienische Schädlichkeit der Nachtarbeit, im Prinzip für den Achtstundentag und die Abschaffung der Nachtarbeit aus und forderte die gesetzgebenden Faktoren aller Staaten moderner Zivilisation auf, die schrittweise Einführung des Achtstundentages für die gewerblichen Arbeiter anzubahnen und die Nachtarbeit in allen Betrieben zu verbieten, mit Ausnahme derjenigen, für welche sie aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Rücksichten unentbehrlich ist.“

Die Malthus-Debatte zeigte, daß Niemand der anwesenden Nationalökonomien sich mehr auf dem Boden dieses „Gesetzes“ befand, andere Debatten gaben unserem Genossen Verkauf-Wien Gelegenheit, die zwingende Nothwendigkeit der Befreiung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln darzutun. In der VII. Sektion begründete Donath-Budapest als Ursache des physischen Rückganges der Bevölkerung in den modernen Kulturstaaten „die moderne kapitalistische Produktionsweise mit ihren Folgen: zunehmende Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, vermehrtes Angebot der Arbeitskraft, Herabdrückung der Löhne und infolgedessen immer mangelhaftere Befriedigung der nothwendigsten Bedürfnisse der Arbeiter, d. h. des weitans überwiegenden Theiles der Bevölkerung zc.“

In der IV. Sektion (für Gewerbehgiene) stellte Genosse Schwarz-Budapest als Resümee eines vortrefflichen, namentlich die schauerhaften Budapest Zustände eingehend schildernden Referats über die Wohnungsfrage folgende Thesen auf:

1. Eine eingehende Wohnungsstatistik, an welcher es bis jetzt fast überall mangelt, ist die unerlässliche Voraussetzung für zweckentsprechende Hygiene. Ohne diese ist es nicht einmal möglich, an den ersten Willen zu glauben, die Arbeiterwohnungsfrage zu lösen.

2. Die endgültige Lösung der Arbeiterwohnungsfrage kann nur mit Aenderung der heute herrschenden ökonomischen Verhältnisse der Produktionsweise erfolgen.“

Die Angelegenheiten der kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter erörterte Genosse Ellenbogen-Wien, indem er in einem äußerst wirkungsvollen, abgerundeten Bilde die bestehende Misere, besonders die haarsträubenden Zustände im Wiener Kleingewerbe schilderte, Genosse Zabeck, indem er vom hygienischen Standpunkte aus die freiwillige und staatliche Versicherung des kranken und invaliden Arbeiters kritisierte.

Des Letzteren Ausführungen gipfelten in folgenden Sätzen:

„Die obligatorische staatliche Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität verdient unbedingt den Vorzug vor der freiwilligen.“

Bei der im Deutschen Reich, Desterreich und Ungarn bestehenden gesetzlichen Arbeiterversicherung tritt das sozial-hygienische Bedürfnis hinter dem versicherungstechnisch-bureaucratischen Standpunkt und das Interesse des kranken Arbeiters hinter dem des Unternehmers vielfach zurück.

An die Stelle des Versicherungsprinzips hat das Prinzip kommunaler und staatlicher Fürsorge für Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit; an die Stelle der Beitragszahlung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Deckung der Kosten aus den allgemeinen Steuern; an die Stelle der vielerlei Organisationen eine zentralisirte und lokal gegliederte Reichsinstitution unter thünlichster

Selbstverwaltung der Arbeiter und entscheidender Mitwirkung der Ärzte zu treten.

Diese positive Weiterentwicklung der staatlichen Arbeiterversicherung erfordert die Zuwendung der heute für Militärzwecke vergebenden Milliarden für den Arbeiterschutz, für die Hebung der Volksgesundheit.“

Die Diskussion über diese Thematik war zum Theil freilich eine äußerst dürftige. Die Vertreter der kapitalistischen Weltanschauung, Mediziner und Techniker, Doktoren, Professoren und Gewerbe-Inspektoren, bewiesen vielfach eine rührende Naivität in sozialpolitischen Dingen und wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Schlussfolgerungen der sozialdemokratischen Redner. Einer der Herren verriet gelegentlich seine gesinnungstüchtige Seele, als er die Anwesenden vor der Beschlußfassung spezialisierter Forderungen warnte, weil sonst außenstehende politische Parteien aus derartigen Beschüssen des Kongresses leicht Kapital schlagen könnten. Er beantragte (statt der Thesen des Genossen Ellenbogen), die österreichische Regierung zu ersuchen, dem Kleingewerbe größere Aufmerksamkeit zu schenken, und diese, allerdings gänzlich unersingliche Forderung erhob denn auch die IV. Sektion zum Beschluß.

Die Ausbeute, welche der Kongress für die Arbeiter bietet, ist recht bescheiden, nicht der Kongress beeinflusst die moderne proletarische Bewegung, sondern umgekehrt: Der Kongress hat von den Arbeitern gelernt. Zum ersten Male sind die Klassenverhältnisse auf dem Kongress für Hygiene und Demographie akut geworden, sie werden, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, nicht mehr von seinen Verhandlungen verschwinden.

Berichte.

Gesstemünde. Am 14. September tagte eine Extraversammlung, in der Genosse Schmalfeldt einen längeren Vortrag über „Unternehmergewinn und Arbeitslohn“ hielt. Die Ausführungen wurden mit Beifall entgegengenommen und wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Anwesenden mit den Ausführungen einverstanden erklärten und alle Zimmerer auffordern, mit aller Kraft für unsere Organisation thätig zu sein. Dann wurde über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Fischereihafen verhandelt, eine Angelegenheit übrigens, die uns schon oft beschäftigt hat. Es stellte sich heraus, daß dort unser Lohntarif nicht innegehalten wird. Kamerad Wüdeger wurde beauftragt, mit dem Unternehmer zu verhandeln. Nachdem wurden noch mehrere innere Angelegenheiten geregelt.

Halberstadt. Am 18. September tagte unsere Mitgliederversammlung, welche aber nur spärlich besucht war. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde die Frage erörtert, wie unsere hiesige Organisation wieder gehoben werden könne. Es wurde beschlossen, an alle uns fernstehenden Kameraden durch ein geeignetes Flugblatt zu appellieren. Ferner solle der Hauptvorstand ersucht werden, uns zu diesem Zwecke etwa hundert Exemplare des „Zimmerer“ zuzustellen. Diesem sollte je ein Flugblatt beigelegt werden. Ferner soll in dem Flugblatt gleichzeitig auf die nächste Versammlung, in der Kamerad Voigt referieren wird, aufmerksam gemacht werden. Sodann wurde noch beschlossen, am 14. Oktober d. J. im „Odeum“ unser Stützfest stattfinden zu lassen. Das Festkomité soll in nächster Versammlung gewählt werden. Schluß 11 Uhr.

Hamburg. Dienstag, den 18. September, tagte unsere regelmäßige Lokalverbandversammlung. Genosse Fischer hielt einen Vortrag über „Die Handhabung des Hamburgischen Vereins- und Versammlungsgesetzes durch die Polizei“. Redner beleuchtete zunächst die Entwicklung des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland und zeigte an vielen historischen Thatsachen, daß dieses „Recht“ eine Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit im reaktionären Sinne bedeute. Zunächst gegen das revolutionäre Bürgerthum gerichtet, würden die diesbezüglichen Gesetze sogar von den zahlgenordenen Bürgern gegen die Arbeiterklasse benutzt. Wie hübsch die „Bürger“, das heißt die Bourgeoisie, die „Zuchtrüthe“, mit der sie früher selbst gepiesackt worden sind, jetzt zu schwingen wissen, zeigt speziell das Hamburgische Gesetz, das von „Bürgern“ gemacht und thatsächlich reaktionärer ist als das preussische Gesetz, welches von einer kontrevolutionären Regierung so gut wie oktroyirt wurde. Das Hamburgische Vereins- und Versammlungsgesetz — wohlverstanden das „neue“ — wird von den Reaktionsären aller Schattirungen als Muster belobt; mögen sich die „bürgerlichen Gesetzgeber“ darauf etwas zu Gute thun, wir Arbeiter haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die reaktionären Bäume nicht in den Himmel wachsen. Jedenfalls muß einer womöglich ganz reaktionären Handhabung dieses Gesetzes entschieden entgegengetreten werden. Die gemerkschaftlich organisierten Arbeiter haben speziell noch insofern ein Interesse, sich gegen die reaktionären Vereins- und Versammlungsgesetze, sowie gegen eine reaktionäre Handhabung derselben zu wenden, weil von solchen Gesetzen das Koalitionsrecht beeinträchtigt wird. Der Referent führte mehrere derartige Beispiele an, wo das Koalitionsrecht durch die Handhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze thatsächlich illusorisch gemacht worden ist. Für diese interessanten Ausführungen spendete die Versammlung dem Redner reichen Beifall. In der Diskussion nahm zunächst Kamerad Bringmann das Wort, um an die Vorkommnisse in den letzten Versammlungen zu erinnern, wo auf Veranlassung der überwachenden Beamten Redner am Sprechen behindert wurden. Diese Eingriffe beleuchtete der Redner nach allen Seiten hin und hieran anschließend, stellte derselbe folgende Anträge: „Die Versammlung wolle die Kartelldelegirten beauftragen, im Kartell dahin zu wirken, daß vom Kartell Erhebungen

darüber veranstaltet werden, in welchem Maße es vorkommt, daß überwachende Beamte in den Versammlungen interveniren, und daß vom Kartell eventuell Schritte dahingehend unternommen werden, diese Bevormundung unserer Versammlungen durch Polizeibeamte zu beseitigen.“ Ferner beantragte Kollege Bringmann, daß seitens des Vorstandes die Versammlungen auf ein ganzes Jahr im Voraus angemeldet werden möchten; dieses läßt das Gesetz zu und es ist so die Möglichkeit vorhanden, derartigen Interventionen, wie dieselben von den überwachenden Beamten in den letzten Versammlungen vorgekommen sind, wirksam zu begegnen. Nachdem noch einige Redner hierzu gesprochen hatten, wurden die Anträge angenommen. Dann theilte der Vorsitzende, Kamerad Bösch, mit, daß durch die Befreiung der arbeitslosen Kameraden vom Beitrage die Lokalkasse in Geldsalamitäten gerathen sei und daß Schritte unternommen werden müßten, dieselben zu beheben. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, im Oktober, wo eigentlich nur 10 % Wochenbeitrag zu entrichten sind, 20 % zu erheben. Die Hamburger Kameraden werden die Nothwendigkeit dieser kleinen Extraträger umso mehr anerkennen, weil sie Alle wissen, wie groß die Arbeitslosigkeit im verflorenen Sommer war, und daß die arbeitslosen Kameraden den ganzen Sommer hindurch von Beiträgen entbunden waren und auch im zukünftigen Winter davon noch befreit bleiben sollen. Kamerad Schrader hatte mitgetheilt, daß er von dem Posten als Kartelldelegirter entbunden werden möchte, weil er jetzt zu vielen Instituten gehöre; von der Versammlung wurde Kamerad Bringmann als Kartelldelegirter gewählt. Dann besprach Kamerad Bösch noch die traurigen Vorkommnisse in der letzten Zeit, besonders den Schurkenstreich, den sich kürzlich ein gewissenloser Patron mit unseren Arbeitslosen erlaubt hat. Mit dem Hinweis, daß die nächste Mitgliederversammlung recht zahlreich besucht werden möchte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Planen. Am 7. September tagte hier eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung, in der Kamerad Jührig aus Dresden einen interessanten Vortrag hielt. Die Kameraden Arnold und Fischer traten ebenfalls energisch für die Ausbreitung unserer Organisation ein. Kamerad Baumgärtel führte aus, daß auf den verschiedenen Plätzen mehr agitirt werden müsse, den Muth dürften wir unter keinen Umständen verlieren. Es müßte anders werden, so wie jetzt könne es nicht bleiben. Die Nichtwürdigkeit der hiesigen Meister charakterisirt sich dadurch, daß erst ganz kürzlich ein Kamerad auf's Straßenpflaster gesetzt wurde, der 32 Jahre ununterbrochen in einem Geschäft thätig war. Bei dem Sedanfirlefsanz haben sich die Meister derartig unterboten, daß unendlich gearbeitet werden mußte. Es sind bei dieser Arbeit zwei Kameraden verunglückt, einer ist todt, der andere schwer verwundet. Sedan fordert also noch jetzt seine Opfer. Nachdem auch Kamerad Jührig nochmals zum Anschluß an den Verband aufgefordert hatte, erfolgte Schluß.

Weinheim. Am 16. September tagte hier eine öffentliche Versammlung, in derselben wurde die Wahl des Lokalvorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt die Kameraden: J. Ködel zum Vorsitzenden, Robert Schmollack zum Kassirer, Philipp Gräber zum Schriftführer, Michael Stefen und Leonhard Jöst zu Kontrolleuren. Darnach wurde der Betrieb der Zeitung geregelt und von jedem Zimmerplatz eine Person gewählt, welche die Zeitung beim Kassirer zu holen hat. Sodann wurde die Stellung der Zimmerer zu den anderen Gewerkschaften besprochen; es wurde beschlossen, die Wirthschaft zum „Schwarzen Ochsen“ als Vertretungslokal anzuerkennen. Weiter wurde beschlossen, vorläufig alle 14 Tage Versammlung abzuhalten. Leider steht fast die Hälfte der hier arbeitenden Zimmerer der Sache kühl bis an's Herz gegenüber; fragt man bei einem an und oder sucht man diese Leute in ihren Nestern auf, so hört man immer das alte Lied: Es hilft ja doch nichts! Doch glauben wir, daß wir noch mehr Mitglieder bekommen. Die jetzigen Mitglieder haben alle guten Geist, sie haben begriffen, um was es sich handelt.

Baugewerbliches.

Aus Danzig wird uns geschrieben: Es ist bereits gemeldet, daß hier einige „friedliebende“ Zimmerleute, besonders für ihr Verhalten beim Streik, von der Innung besenkt worden sind. Diese Leute haben nicht 50, sondern nur 30 Mark für ihre „Ordnlichkeit und gutes Verhalten“ bekommen. Wie oft sie dieses Geld, auch außer ihrer Passivität beim Streik, den „Meistern“ eingebracht haben, wird am deutlichsten daraus hervorgehen, wenn wir mittheilen, wie lange diese Auchtameraden bei ihren „Meistern“ sind:

1. Gustav Beuffer ist seit 30 Jahren ununterbrochen bei den Zimmermeistern Geld sen. und jun.;
2. Gustav Herbst, ist seit 22 Jahren bei den Zimmermeistern Rüstf. sen. und jun.;
3. Wilhelm Choll, ist seit 18 Jahren bei dem Zimmermeister Fey;
4. Carl Laszkowski, ist seit 18 Jahren bei den Zimmermeistern Bergien sen. und jun.;
5. August Ehrich, ist seit 15 Jahren bei dem Zimmermeister Schneider;
6. Heinrich Strauch, ist seit 11 Jahren bei dem Zimmermeister Herzog;
7. Carl Schmidt, ist seit 11 Jahren bei dem Zimmermeister Peijong beschäftigt.

Wenn Jemand so viele Jahre frohnden und sich auch dann noch mit allen seinen Nebenarbeitern verbünden muß, niemals eine eigene Meinung hat haben dürfen, bevor er mit M. 30 für „treu geleistete Dienste“ be-

schenkt" wird, dann muß es doch auch dem Dümmeften einleuchten, daß sich der heutige Zustand von dem der Sörigkeit in Nichts unterscheidet. Der Feudalherr hat sicherlich dem treuen Diener, der 11—30 Jahre hinter einander die übrigen Knechte zur Arbeit trieb, größere "Geschenke" dargereicht, als es jetzt die Innungsmeister thun. Und diese "Bescherung" soll zur Nachahmung anfeuern? Das glaube, wer kann!

"Dem feierlichen Akte" haben aber auch Vertreter verschiedener Behörden beigewohnt, unter Anderen auch der Herr Stadtkommandant, Generalkommandant . . . "Dieser Herr "ergriff", nach dem "Danziger Courier", "das Wort und gebachte mit erhebenden Worten der Zuverlässigkeit und Fachtätigkeit der Prämiierten." Was mögen sich die "Prämiierten" dabei wohl gedacht haben?

Aber auch abgesehen davon: die Zeiten sind auch in Danzig vorüber, daß ein Zimmerpolier geschweige denn ein gewöhnlicher Geselle so lange in einem Geschäft sein kann. Schon geht es wie beim Laubenschlag; ohne Entlassungen vergeht kein Sonnabend, Montags und auch andere Tage, wenn Arbeit vorliegt, wird wieder angestellt. Wie lange wird es noch dauern, bevor es in Danzig ebensoweit wie in anderen Großstädten ist: daß nämlich der "Meister" Poliere und Gesellen zu jedem Stück Arbeit neu anstellt? Da hilft keine Innung, zumal wenn dieselbe vom Geiste, wie die Danziger, befeelt ist; der Zustand ist nicht mehr fern!

Die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker und Lieferanten bei Neubauten, hat auch den dritten Verbandstag der Gewerbevereine Deutschlands in Karlsruhe beschäftigt. Referent war Architekt Hartmann aus Mannheim, der in längerer Ausführung nachstehenden Gesetzesvorschlag begründete:

§ 1. Unternehmer und Lieferanten genießen ein gesetzliches Vorzugsrecht für die ihnen aus Bauarbeiten erwachsenden Vorteile aus dem Liegenschaftsobjekt, auf welches sich ihre Arbeitsleistung oder Lieferung bezieht.

§ 2. Als Bauarbeiten oder Lieferungen sind alle solche Leistungen und Lieferungen anzusehen, welche nach den Landesgesetzlichen Begriffen Zuhelfen zur Liegenschaft schaffen, oder zur Verbesserung beziehungsweise Erhaltung der Liegenschaft dienen.

§ 3. Das Vorzugsrecht entsteht durch einseitig erwirkte Eintragung des Unternehmers oder Lieferanten in's Pfandbuch, in welchem er die zu liefernde Arbeit und deren ungefähren Werth, unter Vorbehalt der späteren Festsetzung derselben, näher bezeichnet.

§ 4. Das Vorzugsrecht rangirt vom Tage des ersten Eintrags und zwar in der Weise, daß alle bei einer Bauausführung (Baugergänzung, Reparatur) beteiligten Unternehmer und Lieferanten denselben Rang genießen, einzeln zu welcher Zeit sie den Eintrag erwirkten. Dem ersten Eintrag hat auf Grund der vorzulegenden Rechnungsbelege innerhalb sechs Wochen nach der Arbeitsvollendung oder Lieferungsvollzug ein zweiter Eintrag zu folgen, welcher die Höhe des beanspruchten Vorzugsrechtes genau angibt; erfolgte dieser zweite Eintrag nicht rechtzeitig, so ist das durch den ersten Eintrag gewährte Vorzugsrecht erloschen.

§ 5. Ist eine Liegenschaft, an welcher Bauarbeiten vorgenommen werden sollen, vor der Inangriffnahme höher belastet, als die ortsgewöhnliche Schätzungskommission sie bewerthet hat oder bewerthet haben würde, so geht das für die Unternehmer und Lieferanten nach oben begründete Vorzugsrecht im Rang allen Belastungen vor, soweit der Betrag die vorgenommene, beziehungsweise die nachträglich vorzunehmende Schätzung des ursprünglichen Liegenschaftswerthes übersteigt.

Man sieht aus allen solchen "Gesekentwürfen", Resolutionen und Petitionen, daß die kapitalistischen Herren Antragsteller die Arbeiter, die doch am meisten unter dem Bauwindel leiden, garnicht auf Rechnung haben.

Die recht ungesunden Verhältnisse im großstädtischen Baugewerbe werden recht deutlich in einem Artikel beleuchtet, den "Der Bau" in seiner Nr. 38 vom 17. September unter der Überschrift "Die Bauhätigkeit in den Vororten" veröffentlicht. Darin ist zunächst nur von den Berliner Vororten die Rede, man wird aber finden, daß die Sache in allen Großstädten, wenn auch zu verschiedenen Zeiten, so liegt. "Der Bau" schreibt:

"Der Abnahme der Bauhätigkeit im eigentlichen Berlin steht in den Vororten eine trotz der Schwierigkeit der Vermietung noch immer wachsende Bauhätigkeit gegenüber.

"Seider wird durch die Errichtung vielstöckiger Bauten in den entferntesten Theilen der Vororte, welche dadurch zugleich ihren Charakter als Villenkolonie einbüßen, eine starke Ueberproduktion herbeigeführt.

"Es scheint, daß man dabei die Hoffnung auf Einverleibung im großen Stile, wie sie von der Regierung angeregt ist, schon im Voraus ausnutzen will, doch ist es sehr fraglich, ob selbst der faktische Eintritt dieser Maßregel die gewünschte Verwerthung jener vorzeitig geschaffenen Miethskafeln so bald ermöglichen werde. Man muß daher der demnächstigen Entwicklung der mit dem Baugeschäft in den Vororten zusammenhängenden Verhältnisse mit einiger Besorgniß entgegensehen.

"Allerdings lagen bis jetzt die Motive für eine so intensive Bauhätigkeit in den Vororten auch noch auf einem anderen Gebiete als in der Hoffnung auf die zu erwartende Einverleibung.

"Für die Umgebungen Berlins waren nämlich im Jahre 1892 nicht weniger als drei von einander grundverschiedene Bauordnungen in Kraft.

"Als zu Ende des Jahres 1892 die dritte und, wie es hieß, endgültige Bauordnung für die Vororte erschien, welche eine Landhausbebauung im großen Stile vorschreibt, entstand auf den betreffenden Terrains eine fieberhafte Thätigkeit, um vor dem Inkrafttreten jener Bauordnung, welche die theuer eingekauften Baustellen zu entwerthen drohte, aber die Wintermonate des Jahres 1892/93 noch freizig, zu retten, was noch zu retten war.

"Auf diese Weise wuchsen und wuchsen, namentlich in der Nähe der Bahnhöfe, jenseits der Ringbahn, Häuser aus dem Erdboden, für welche auf absehbare Zeit noch jede Verwendung mangelt . . .

"Die kapitalkräftigen Besitzer jener Grundstücke in den Vororten — leider giebt es deren nicht viele — werden schließlich ihre Rechnung trotz der Ueberproduktion finden, die Anderen aber, welche nicht flüssige Mittel genug haben, um die Zinsen aus der Tasche zahlen zu können, werden ihren Besitz verlieren und außerdem noch enorme Summen schuldig sein.

"Es wäre aber nun an der Zeit, die Bauhätigkeit in den Vororten erheblich einzuschränken; es muß doch einmal der Zeitpunkt eintreten, in welchem sie sich bei ruhiger Ueberlegung selbst sagen, daß auf Jahre hinaus Wohnungen genug geschaffen sind.

"Heute liegt es doch leider in einzelnen Vororten so, daß die Vermietung einer Wohnung einem Gewinne in der Lotterie gleichkommt."

"Der Bau" ist bekanntlich das "Zentralorgan für die gesammten Interessen des Grundstücks- und Bauverkehrs." Der obige Artikel hat den Zweck, für eine "elektrische Hochbahn" Stimmung zu machen; man darf sich darum über die Naivität nicht wundern, die in dem Artikel zum Ausdruck kommt. Abgesehen davon, sehen wir auch hier, daß die Bauproduktion an ein Bedürfnis nicht gebunden ist; daß die Grundstücksbesitzer — denn der obige Appell an die "Unternehmer", an diese Strommänner, ist nicht ernst zu nehmen — ihr Terrain bebauen, um "den theuer eingekauften Baustellen" überhaupt erst Werth zu verschaffen; daß die Unternehmer "ihren Besitz" verlieren und außerdem noch enorme Summe schuldig bleiben. Das bedeutet für die Bauhandwerkmeister, so weit diese Arbeit abkriegen, Bankrott und für die Arbeiter, Maurer, Zimmerer, Ofenbauer, Stuckateure u. A. Arbeit, Schinderei und — keinen Lohn!

Wie bei öffentlichen Submissionen verfahren wird, darüber wird offiziös geschrieben:

"In den vom Minister der öffentlichen Arbeiten erlassenen, in den meisten Zweigen der Reichs- und Staatsverwaltung zur Anwendung gelangenden Allgemeinen Bestimmungen für die Regelung der Leistungen und Lieferungen ist u. A. ausdrücklich vorgeschrieben, daß die niedrigste Geldforderung an sich keineswegs vorzugsweise bei der Zuschlagserteilung zu berücksichtigen ist. Es sollen vielmehr zunächst von der Berücksichtigung außer nicht bedingungs- oder probemäßigen Angeboten auch solche ausgeschlossen werden, welche eine in offenbarem Mißverhältnis zu der betreffenden Lieferung und Leistung stehende Preisforderung enthalten. Nachdem so etwaige bedingungs- oder probemäßige und Schleuergelote dieser Art ausgeschieden sind, kommen die drei Mindestfordernden zur engeren Wahl und zwar ist von ihnen demjenigen der Zuschlag zu erteilen, dessen Angebot unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände als das annehmbarste anzusehen ist. Es wird von Aufsihtswegen auf das Sorgsamste darüber gewacht, daß die Bestimmungen nicht bloß nach ihrem Wortlaut, sondern in ihrem gegen eine Begünstigung der Schmutzkonkurrenz gerichteten Sinne gehandhabt werden."

Das Alles sind nur Worte, wir meinen, bei Reichs-, Staats- und Kommunalbauten und anderen Arbeiten müßte gleich bei Vergebung derselben vorgeschrieben werden, daß ein bestimmter Lohnsatz als Minimum gezahlt und ein fester Maximalarbeitsstag innegehalten werden muß. Dann würde die Schmutzkonkurrenz ganz von selbst aufhören. Das wäre freilich Arbeitersehnsuch und Hebung des Handwerks, also Dinge, in den die deutschen Regierungen schon seit Jahren "machen"!

Sozialpolitisches.

Mit der Ausarbeitung eines Anarchistengesetzes im preussischen Ministerium des Innern soll es, wie der "Vorwärts" aus zuverlässigen Quellen erfahren hat, seine Richtigkeit haben. Betraut mit der Sache ist der vor Kurzem zum vortragenden Rath ernannte Geheimregierungsath von Trotz zu Solz. Dieser Herr, etwa 36 Jahre alt, hat eine sehr rasche Karriere gemacht, nachdem er seinerzeit als Landrath in Höchst a. M. sich durch "scharfes" Vorgehen gegen die Sozialdemokratie ausgezeichnet hatte. Zuletzt war er Landrath in Marburg, für welchen Kreis er konservativer Abgeordneter im Landtag ist. Darnach dürfte der Herr Geheimregierungsath offenbar der geeignete Mann sein für ein Anarchistengesetz. Wir sind neugierig, das gesetzgeberische geheimräthliche Kind kennen zu lernen.

Die deutsche Volkspartei hat auf ihrer Abschaffungsbürger Generalversammlung einen Schritt nach vorwärts gemacht. Sie hat sich gründlich gemauert oder vielmehr, sie hat den alten kapitalistischen Abam abgestreift und einen neuen sozialreformatorischen angezogen. Zwar hat man sich allseitig dahin geeinigt, an den "bewährten Grundlagern des bestehenden Programms nicht zu rütteln" und dasselbe nur "den Anforderungen der Gegenwart entsprechend" zu ergänzen, was durch eine Kommission vorbereitet und eventuell auf einer außerordentlichen Generalversammlung im Frühjahr geschehen soll. Aber

sie hat sich den Beinamen "Soziale Reformpartei" beigelegt, und der Name ist ja die Hauptsache, der Name, nicht das Wesen. Wenn ein Restaurateur Kalbsfleisch als Hasenbraten servirt, so ist es Wildpret, wenigstens lassen sich Gäste, die sich auf den Unterschied zwischen einem Dachhahn und einem wirklichen Lämpe nicht sonderlich verstehen, durch den Namen die Meinung "juggerriren".

Wenn man bedenkt, daß die württembergische Landtagswahl vor der Thür steht und Schwaben das Hauptquartier der Volkspartei ist, so wird man begreifen, weshalb es die Volkspartei so eilig hat, den wohlklingenden Beinamen "Soziale Reformpartei" auf ihre Visitenkarte drucken zu lassen und die Taufe lange vor der Geburt zu vollziehen.

Die wirthschaftliche Krise scheint ihren tiefsten Stand noch immer nicht erreicht zu haben; dies gilt mindestens für Hamburg. Nach dem Jahresbericht der Justizkommission betrug die Zahl der Konkurse 1889 244, 1890 336, 1891 444, 1892 513, 1893 608. So hoch ist die Zahl noch niemals gestiegen. Zu Anfang der achtziger Jahre, wo die Gewerbe und der Handel in Hamburg ebenfalls darniederlagen, war die höchste Zahl der Konkurse in einem Jahre 250. Diese wirthschaftlichen Zusammenbrüche betreffen meist die kleineren und mittleren Geschäfte; unter den großen Geschäften sind Zahlungseinstellungen in größerem Umfange nicht vorgekommen. Das macht die Sache freilich nicht besser!

Am meisten leiden selbstredend die Arbeiter unter diesen Zuständen. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß und wird noch immer vergrößert. Besonders auf Werften kommen gegenwärtig größere Arbeiterentlassungen vor. So wurden auf der Werft von Blohm & Voß 200 Mann arbeitslos, auf der Wickhoffschen Werft in Wilhelmshagen ebenfalls eine erhebliche Anzahl, so daß augenblicklich nur noch 12 Arbeiter und einige Lehrlinge auf der genannten Werft beschäftigt sind. Sonst haben dafelbst im Durchschnitt 50 Arbeiter gearbeitet.

Wenn irgendwo ein Arbeiter gesucht wird, dann melden sich sogleich hunderte. Eine Lagerhausgesellschaft suchte kürzlich 30 Arbeiter, es meldeten sich über 600.

Die Noth unter den Arbeitern nimmt ganz ungeheuerliche Dimensionen an. Die "Weihnachtsbescherungsgesellschaften" können kaum die Hälfte der Anmeldungen berücksichtigen. Bei der "Weiblichen Hilfe der Stadt-Wilffion" herrscht ein so großer Andrang um Zuwendung von Frauenarbeiten wie noch in keinem Vorjahre. Dasselbe hört man von anderen Vereinen. Arbeit ist natürlich nirgends vorhanden und die herrschenden Kreise sind ohnmächtig gegenüber dem immer drohenden aufstrebenden Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Auch die öffentlichen Gewalten stehen den Erscheinungen rathlos gegenüber. Das "Hamburger Echo" veröffentlichte kürzlich folgendes Rundschreiben:

Durchaus vertraulich!

Hamburg, 12. September 1894.

Seit mehreren Jahren schon beherbergt unsere Stadt eine große Zahl von Arbeitslosen. Der bevorstehende Winter wird dieselbe, wenn nicht alle Anzeichen trügen, noch sehr erheblich vermehren. Vielfach sind es Leute, welche die trügerische Hoffnung auf lohnenderen Verdienst aus den verschiedenen deutschen Bundesstaaten hierher gelockt hat, zum Theil aber auch solche, die schon jahrelang hier anfaßig waren, die aber durch den Zugang jüngerer Kräfte von auswärts aus ihren Erwerbsverhältnissen verdrängt und dadurch brotlos geworden sind. Unsere Behörden sind eifrig bedacht auf Abhülfe, aber es wird nicht möglich sein, hier am Orte Allen Arbeit zu schaffen, welche darnach suchen.

Naturngemäß richtet sich der Blick über die Grenzen unseres Stadtgebietes hinaus nach den Gegenden, aus welchen ein großer Theil der hier in Rede stehenden Personen zu uns gekommen. Man glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß anderswo Arbeitskräfte fehlen, während hier Ueberfluß vorhanden ist, und würde es dankbar begrüßen, wenn man in den Stand gesetzt würde, Leuten, die hier vergeblich nach Arbeit suchen, solche auswärts bestimmt nachzuweisen.

Ob jene Annahme thatsächlich begründet ist, läßt sich freilich zur Zeit schwer beurtheilen, da jede sichere Unterlage dafür fehlt. Ich bin gebeten worden, zur Gewinnung einer solchen mitzuwirken und den Versuch zu machen, zu ermitteln, ob etwa in denjenigen Gebieten, in welchen unsere Waisenzöglinge freundliche Aufnahme gefunden haben und fröhlich geblieben, auch für erwachsene Personen Gelegenheit sich bieten würde, durch redliche Arbeit sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Die Ueberzeugung, daß es sich hierbei nicht nur um eine speziell hamburgische Sorge handelt, sondern um eine Sache, welche Alle angeht, denen das Wohl und Wehe unseres Volkes am Herzen liegt, giebt mir den Muth, Sie um Ihre freundliche Mittheilung zu bitten, zur Beantwortung der mir vorgelegten Fragen. Ich würde Ihnen herzlich dankbar sein, wenn Sie den anliegenden Fragebogen möglichst bald beantwortet zurücksenden möchten.

Der Direktor des Waisenhauses.

R. Stalman.

Der beigelegte Fragebogen mit der Ueberschrift: Gemeinde: enthält folgende Fragen: 1. In welchen Arbeitsbetrieben können erwachsene Arbeiter lohnende und möglichst dauernde Beschäftigung finden? 2. Wie hoch ist durchschnittlich der Arbeitslohn? 3. Wie viele Arbeiter würden etwa unterzubringen sein?

a) männliche? b) weibliche? c) Familien? 4. Bemerkungen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung steht vor ihrem Bankrott, daß zeigt auch die durchaus falsche Auffassung, die in obigem Rundschreiben über das Wesen der Arbeitslosigkeit zum Besten gegeben wird.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Die „Baugewerksinnung zu Hamburg“ hat folgende „Arbeitskarte“ herausgegeben, die vom 10. Oktober 1894 bis auf Weiteres Gültigkeit hat:

Datum	Arbeitszeit	Freizeit	Mittag	Ruhe	Zahl der täglichen Arbeitsstunden
Vom 1. Okt. bis 31. Okt.	Von 7 U. bis 5 U.	8 1/2 - 9 U.	12-1 U.	—	8 1/2 Stunden
1. Nov. 31. Jan.	8 " "	9 - 9 1/2 "	12-1 "	—	6 1/2 "
1. Febr. 28. Febr.	7 1/2 " "	9 - 9 1/2 "	12-1 "	—	8 "
1. März 31. März	7 " "	8 1/2 - 9 "	12-1 "	—	8 1/2 "
1. April 30. Sept.	6 " "	8 - 8 1/2 "	12-1 "	8 1/2 - 4 U.	10 "

Dazu gehört noch folgende „Arbeitsordnung“:

1. Mit dem ersten Tage des betreffenden Monats beginnt die veränderte Arbeitszeit.
2. Während der langen Arbeitszeit von 6-6 Uhr wird am Sonnabend um 5 1/2 Uhr, an den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten um 4 Uhr, ohne Lohnabzug, Feierabend gemacht. In den letzteren Fällen fällt die Vesperpause fort.
3. Alle Arbeitsstunden zwischen 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends werden mit 60 % pro Stunde bezahlt.
4. Als Ueberstunden gelten das ganze Jahr hindurch die Stunden von 5-6 Uhr Morgens und von 6-9 Uhr Abends, dieselben werden mit 70 % die Stunde bezahlt.
5. Nachtarbeit dauert von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens und wird die Stunde mit 85 % bezahlt. Bei längerer Dauer als drei Stunden wird eine Stunde Pause gewährt, für welche ein Lohnabzug nicht stattfindet.
6. Sollen ausnahmsweise an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden, so wird jede Arbeitsstunde mit 85 % bezahlt.
7. Bei Wasserarbeiten wird den Zimmergesellen während der Tagesstunden von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends ein Zuschlag von 10 % pro Arbeitsstunde bezahlt, im Uebrigen gelten die Bestimmungen ad 4, 5 und 6.
8. Das Arbeits- und Lohnverhältnis kann ohne vorherige Kündigung und zu jeder Tageszeit von beiden Seiten gelöst werden.
9. Die Woche schließt am Freitag bzw. Sonnabend ab und findet die regelmäßige Lohnzahlung am Sonnabend statt.
10. Jeder Meister ist verpflichtet, den Gesellen beim Austritt aus der Arbeit einen Entlassungsschein zu geben.
11. Die Anstellung von Gesellen wird durch das Arbeitsnachweisbureau der Innung, Hohe Bleichen 31, Part., geöffnet werktäglich von 9 bis 11 Uhr Vormittags, vermittelt.

Es kann nicht bestritten werden, daß diese „Arbeitskarte“ den Gesellen etwas weiter entgegenkommt, als die vorjährige, indessen muß daran, sogar vom Standpunkte der Meister aus, gerügt werden, daß nicht auch im Winter die außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit liegenden Stunden bis Morgens 6 und Abends 6 Uhr als „Ueberstunden“ gelten. Erst wenn dieses der Fall ist, besteht einige Garantie, daß Ueberstunden, mit Ausnahme der im öffentlichen Interesse notwendigen, unterbleiben.

Das „gedehliche Verhältnis“ zwischen Meister und Gesellen, soweit dieses auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt möglich ist, wird freilich erst dann hergestellt sein, wenn entweder die Forderungen

der Gesellen vollständig anerkannt werden, oder wenn eine Herabminderung dieser Forderungen, durch gegenseitige Verhandlung, zu der die Gesellen immer bereit waren, bewirkt wird.

Zu einem „gedehlichen Verhältnis“ gehörte übrigens auch eine gemeinsame Kommission — die freilich anders zusammengebracht werden muß wie die heutigen „Gesellen-ausschüsse“ —, die darüber wacht, daß Arbeitskarte und Arbeitsordnung inne gehalten werden. Sage man nicht etwa, daß eine solche Kommission keine Mittel in der Hand habe, ihren Beschlüssen, richtiger, ihren Erkenntnissen Anerkennung zu verschaffen; durch gemeinsamen Boykott würde den „Zimmerlats“, die Puscharbeit liefern oder sich in anderer, wenig ehrlicher Weise schadlos halten, ein heilsamer Dämpfer aufgesetzt werden können. Verlangt man aber nur nichts von Innungsmeistern, diese verstehen unter „Hebung des Handwerks“ etwas ganz Anderes wie wir.

Das Protokoll vom vierten Provinzial-Verbandstage der Zimmerer in Schleswig-Holstein usw. ist uns zugegangen; dasselbe ist aber zu umfangreich, um vollständig abgedruckt zu werden, wir bringen daher nur das Wichtigste aus demselben. Der Verbandstag hat am 16. und 17. September in Kiel stattgefunden; vertreten waren 18 Lokalverbände durch eben so viele Delegierte; außerdem das Agitationscomité durch die Kameraden Burghard und Theede und der Hauptvorstand durch Kamerad Schrader. Aus dem Bericht des Agitationscomités geht hervor, daß in 18 Orten Versammlungen stattgefunden haben, die durch das Comité angeregt worden sind. Die Abrechnung weist einen Bestand von M. 603,05 auf. Dem Comité wurde nach Prüfung der Abrechnung und kurzer Diskussion Decharge erteilt. In Bezug auf Organisation wurden, nach einem eingehenden Referat und einer recht sachlich geführten Diskussion, die nachstehenden beiden Resolutionen einstimmig angenommen:

I. „In Erwägung, daß die technische Entwicklung im Zimmergewerbe in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht hat, wodurch die Arbeitskraft der Zimmerer immer mehr entbehrlich wird, weil die Arbeitszeitverkürzung nicht gleichen Schritt mit der technischen Verbesserung hält; in fernerer Erwägung, daß die Unternehmer die Arbeitslosigkeit dazu benutzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzudrücken, beschließt der Provinzialverbandstag, da, wo es möglich ist, für die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Weil die Erfahrung lehrt, daß sich ohne starke Organisation nach dieser Hin nichts erreichen läßt, verpflichten sich alle anwesenden Delegierten, unablässig dafür thätig zu sein, daß dem Verband der deutschen Zimmerleute alle bis jetzt fernstehende Kameraden zugeführt werden.“

II. „Nachdem die Organisationsfrage nach allen Seiten gründlich diskutiert und wohl erwogen worden ist, beschließt der Verbandstag, von einer Aenderung unserer Organisation Abstand zu nehmen. Der Verbandstag ist übrigens der ganz bestimmt zutreffenden Ansicht, daß alles Rütteln und fortwährendes Verändern an der Organisationsform für die Gewerkschaftsbewegung höchst nachteilig ist. Die anwesenden Delegierten versprechen deshalb, dahin zu wirken, daß der Verband deutscher Zimmerleute bestehen bleibt und eventuell noch immer ausgebaut wird.“

Ein Antrag, der dahin ging, daß der Provinzialverbandstag in Zukunft nicht mehr abgehalten werden solle, wurde abgelehnt; ebenso ein solcher, daß zur besseren Betreibung der Agitation pro Mitglied und Jahr 25 % erhoben werden sollten. Es wird dann festgestellt, daß vom Agitationscomité nur solche Agitationsstouren bezahlt werden, die von diesem veranlaßt wurden; Lokalverbände, die Agitation auf eigene Faust übernehmen, was übrigens sehr wünschenswert ist, haben für die Kosten zunächst selbst aufzukommen.

Das Agitationscomité hat auch in Zukunft jedem Lokalverband einen Agitationsbezirk zuzuweisen; hierbei sollen aber etwaige Wünsche der einzelnen Lokalverbände möglichst berücksichtigt werden.

Das Agitationscomité bleibt in Kiel; der nächste Provinzialverbandstag findet 1896 im Frühjahr statt. Das Agitationscomité soll denselben nach Wandsbek einberufen.

Es lagen noch eine Reihe Anträge vor, die den Hauptverband betreffen, dieselben sind theils abgelehnt, wie z. B., daß die arbeitslosen Mitglieder „auf Kosten der Hauptkasse“ von Beiträgen befreit und die Gehälter der Beamten herabgesetzt werden sollten; theils wurden Anträge dem Agitationscomité überwiesen, damit von diesem dahingehende Anträge zur Generalversammlung gestellt werden. Hierher gehört der Antrag, daß der Hauptvorstand darüber Erhebungen veranstaltet, inwiefern vom § 3 des Verbandsstatuts Gebrauch gemacht, wie viel M i c h t Zimmerer sich also in den Verband haben aufnehmen lassen, resp. wie viel demselben jetzt noch angehören. Einige Anträge fanden auch dadurch ihre Erledigung, daß die Vertreter des Hauptverbandes und des Agitationscomités befriedigende Erklärungen abgaben. Nachdem noch über das Ueberbleibsel der alten Jungferemonien diskutiert und sich fast alle Delegierten für Beseitigung desselben ausgesprochen hatten, wurde der Provinzialverbandstag unter den üblichen Modalitäten geschlossen.

An die Zimmerer in Westpreußen, im Besonderen an die Lokalverbände, richtet sich folgender Aufruf:

Auf Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung des Lokalverbandes Danzig soll versucht werden, im nächsten

Winter einen Provinzial-Verbandstag für Westpreußen event. für Ost- und Westpreußen in irgend einer günstig gelegenen westpreussischen Stadt abzuhalten. Der Zweck desselben soll sein: die Zimmerer dieser Provinz der Organisation zuzuführen und den Ausbreiter die Streikbrecher möglichst zu entziehen zc.

Wir fordern hierdurch die Zimmerer der Provinz, besonders die Lokalverbände, auf, uns so schnell wie möglich mitzutheilen, welche Stellung sie dazu einnehmen.

Der Vorstand des Lokalverbandes Danzig.
J. A.: Paul Jaskulski, erster Schriftführer.
Große Mühlengasse 12.

Der deutsche Töpferkongress, eigentlich der erste Verbandstag der Töpfer, tagte am 24. und 25. September in Grlitz. Anwesend waren 19 Delegierte, darunter ein Ziegler, ferner fünf Verwaltungsbeamte der Organisation und ein Vertreter der Generalkommission. Die Delegierten vertreten 3652 Mitglieder in 112 Zahlstellen. Darunter befinden sich 380 Einzelzahler in 248 Orten; 138 Mitglieder sind Ziegler und Steingutarbeiter. Die Klassenverhältnisse sind zwar — wie aus dem Bericht hervorgeht — nicht gut, indessen darf man nicht vergessen, daß die Töpfer mit gewaltigen Hindernissen zu kämpfen hatten. Es bestehen zwei Töpferorganisationen nebeneinander, und da wird die beste Kraft im Eingeweidekampf verbraucht, indessen berechtigen die auf diesem Kongresse gefaßten Beschlüsse zu der Annahme, daß der Verband bald über die wiederhaarigen Gegner gestiegen haben wird. Die Mitglieder zahlen bei M. 12 Wochenlohn 15 %, bei M. 12-16,50 20 %, bei M. 16,50-21 25 % und bei mehr als M. 24 Wochenlohn 30 % Wochenbeitrag. Das Blatt, „Der Töpfer“, bleibt bestehen, jedes Mitglied erhält dasselbe frei zugestellt. Im Allgemeinen scheint es so, als ob sich die Töpfer weniger zu einem Bauindustrierverbande, sondern mehr zu einem internationalen Töpferverbande entwickeln werden.

Das Arbeitersekretariat in Nürnberg geht seiner Vollendung entgegen. Nachdem der Magistrat zunächst das Gesuch, der von der Arbeiterschaft eingesetzten Kommission M. 2500 zu diesem Zwecke zu bewilligen, mit einer sehr unbestimmten Antwort gewürdigt, die unter Anderem dahin ging, daß das Institut des Arbeitsnachweises „unparteiisch“ sein müsse, von keiner „politischen Partei“ ausgehen dürfe usw., lehnte es eine Arbeiter-Versammlung ab, mit dem „freisinnigen“ Magistrat weiter zu verhandeln. Das Unternehmen ist durch die Arbeiter selbst finanziell gesichert, 3500 Arbeiter haben bereits Beiträge dazu geleistet. Die Kommission schlug der Versammlung folgenden Entwurf vor:

Das Arbeitersekretariat ist eine der Initiative der Nürnberger Arbeiterschaft entsprungene Institution und führt den Namen: „Arbeitersekretariat der Stadt Nürnberg“. Diese Institution untersteht der Aufsicht einer aus acht Personen bestehenden Kommission, welche in öffentlicher Versammlung zu wählen ist. Bei der Wahl der Kommission soll möglichst darauf Rücksicht genommen werden, daß die verschiedenen Industriezweige in derselben vertreten sind. Zur Erledigung der Geschäfte wird bis zu anderweitiger Beschlußfassung Folgendes bestimmt:

A. Arbeitsplan.

Das Arbeitersekretariat erteilt mündliche Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterstehen; über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung; über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektoral. Das Sekretariat nimmt Beschwerden über diese Gegenstände auf und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung.

Soweit zur Erledigung dieser Aufgabe schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Sekretariat angefertigt.

Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist der Sekretär zur Ertheilung von Auskunft in Heimaths-, Bürgerrechts-, Verehelichungs- und Armentsachen, sowie bei Miethsstreitigkeiten.

Statistische Erhebungen sind nach Bedarf zu pflegen und können sich erstrecken auf: Lohnverhältnisse, Arbeitszeit, Wohnung und Nahrung der Arbeiter, Betriebsunfälle, Gewerbetrankeiten, Sterbefälle, Ab- und Zugang von Arbeitern, Gewerbebewegung, Arbeiterorganisationen, Arbeiterschutz, Wohlfahrtsvereinigungen, Arbeitslosigkeit, auf alle innerhalb der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung auftauchenden Zeit- und Streitfragen.

Unter B wird die Geschäftsordnung festgelegt, die nur von lokalem Interesse ist. Der Entwurf wurde von der Versammlung angenommen. Als Arbeitersekretär wurde einstimmig der in der Gewerkschaftsbewegung satfam bekannte Genosse Segitz, bisher Redakteur der „Fränkischen Tagespost“, gewählt.

Einer Berechnung des französischen Arbeitsamtes zufolge sind im Jahre 1893 den französischen Arbeitern durch Streiks 3 170 000 Arbeitstage verloren gegangen, die einen Geldwerth von mindestens zehn Millionen Francs darstellen. — Es ist klar, daß derartige Berechnungen nur angestellt werden zu dem Zweck, den Arbeitern das Schädliche der Streiks vor die Augen zu führen. Alle diese Verluste durch Ausfälle sind aber nur scheinbare, wenigstens dann, wenn nicht bloß einzelne Arbeiter, sondern die gesammte Arbeiterklasse in Frage kommt. Der Einzelne mag wohl hier und da einen Ausfall an Verdienst haben, die Klasse der Arbeiter nicht, denn durch eine vorübergehende, auf einen bestimmten Bezirk beschränkte Arbeitsruhe wird die Konsumtion nicht vermindert, sie geht entweder einfließen von dem vor-

handenen Ueberfluß oder sucht andere Bezugsquellen. In letzterem Falle läme der den Streikenden entzogene Lohn einfach Anderen zu Gute.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Dresden. Im August hielten die Einzelzahler des Zimmererverbandes in Dresden im „Carolabad“ zu Pirna ein Vergnügen ab, das als eine „geschlossene Gesellschaft“ anzusehen war. Zu diesem Vergnügen sollen nun fremde Personen gegen Entgelt zugelassen worden sein und deswegen ist jetzt der Vertrauensmann des Verbandes, sowie der Wirth des „Carolabades“ in eine Geldstrafe von je M. 30 genommen worden. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu: „Die Bestrafung gründet sich auf das für den Stadtbezirk bestehende Regulativ über das Abhalten von Tanzmusik usw. und ist, wenn die Thatsache nicht zu bestreiten ist, unangreifbar. Solche Regulative bestehen auch anderwärts und es ist nur zu empfehlen, bei Veranstaltungen von Vergnügungen dies zu beachten.“

Sehr beachtenswerth für unsere Kameraden in Sachsen dürfte folgendes Vorkommniß sein:

Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von Chemnitz und mehreren Ortschaften der Umgegend wurden als Verein erklärt und dann aufgelöst. Der Verbandsvorstand in Stuttgart hat, da ihm dieses Vorgehen unerklärlich erschien, ein Vorstandsmitglied beauftragt, mit den betreffenden Behörden zu unterhandeln, sowie alle den Bestand der Einzelmitglieder in Sachsen sichernden Maßnahmen zu treffen. Der derartig Bevollmächtigte ist bei der Polizeidirektion und bei der königlichen Amtshauptmannschaft in Chemnitz vorstellig geworden und berichtet über das Resultat Folgendes: Die Polizeidirektion in Chemnitz begründet ihr Vorgehen gegen die Einzelmitglieder in Chemnitz mit deren in ihren öffentlichen Versammlungen wahrgenommenen Erörterungen öffentlicher und politischer Angelegenheiten, sowie mit der Annahme, daß die Versammlungen sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt haben. Unabhängig von dieser Auflösung steht und nicht als Fortsetzung des verbotenen Vereins gilt nach Versicherung des Polizeidirektors Herrn Siebrat die Thätigkeit des vom Verbandsvorstande eingesetzten Bevollmächtigten resp. Vertrauensmannes, soweit sie sich auf Entgegennahme der Beitrittserklärungen, der Beiträge, der Auszahlung des Reisegeldes und Zustellung des Verbandsorgans an die Einzelmitglieder erstreckt. Ebenso würde die Behörde gegen die Abhaltung von Versammlungen der Einzelmitglieder nichts einzuwenden haben, sofern in ihnen nur Verbandsangelegenheiten erörtert werden würden. — In ganz ähnlicher Weise äußerte sich die Amtshauptmannschaft Chemnitz.

Es ist klar, daß diese Erklärungen als Grundlage der Gewerkschaftsorganisationen in Sachsen allgemein nicht gelten können, insofern müssen dieselben mindestens für Chemnitz benutzt werden. Die dortigen Kameraden sind auf diesem Boden bereits organisiert; die Erklärungen lassen gerade die Modalitäten zu, die wir in Nummer 26 unseres Blattes empfohlen haben; mir machen darauf noch einmal aufmerksam, weil dort die Thätigkeiten der Vertrauensmänner detaillirt sind.

Das sächsische Auflösungsfeber grassirt noch immer, so meldet eine andere Korrespondenz. Auf Chemnitz ist Glauchau gefolgt. Dem Vertrauensmann der Textilarbeiter wurde an Rathsstelle eröffnet, daß die dortige Einzelmitgliederschaft unter der Leitung eines sogenannten Vertrauensmannes als Zweigverein des deutschen Textilarbeiterverbandes anzusehen ist, sich laut Statut und wie aus den Versammlungen wahrgenommen, mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige, ohne die Rechte einer Körperschaft erlangt zu haben, auch mit anderen Vereinen in Verbindung gestanden habe und somit gegen die §§ 19, 24, 25 und 93 des sächsischen Vereinsgesetzes gehandelt habe und deshalb aufzulösen sei. Eine von dem Vertrauensmann geforderte Abschrift der Auflösungsbeurkundung wurde verweigert. Beschwerde wird erhoben. — Dem Vertrauensmann der Metallarbeiter in Glauchau wurde ebenfalls mitgetheilt, daß die Glauchauer Behörde die Glauchauer Einzelmitglieder des Verbandes als Zweigverein betrachtet und deshalb auflöst. Abschrift des Verbotes wurde auch hier verweigert und das Material des Verbandes, welches die Polizei bei der unlängst vorgenommenen Hausdurchsuchung mitgenommen hatte, mit Beschlag belegt. Beschwerde ist auch hier eingelegt.

Streikbrechererschlag. Der Redakteur der „Bildhauer-Zeitung“, Paul Dupont, sowie der zu Frankfurt a. M. wohnhafte Bildhauergehilfe Georg Fladung hatten sich vor der Kammer Brausewetter in Berlin zu verantworten. Der Zeigeanannte, welcher vom persönlichen Erscheinen entbunden war, ist der Verfasser eines Artikels, der am 19. April d. J. in der „Bildhauer-Zeitung“ zum Abdruck gelangte. In dem Artikel wurde mit Bedauern die Mittelstellung gemacht, daß der zu Frankfurt a. M. in Szene gesetzte Streik zu Ungunsten der Streikenden beendet sei. Als Grund dieser Niederlage wurde der Umstand angegeben, daß sich so viele Streikbrecher gefunden hätten. Die Namen der letzteren wurden veröffentlicht, mit dem Zusätze, daß die organisirten Kollegen dann doch wüßten, welche Achtung sie den Streikbrechern zu schenken hätten. Zu der letzten Aeußerung wurde eine Beleidigung gefunden, die der Staatsanwalt im Termine als eine Art Verurtheilung und kennzeichnete, die er gegen jeden Angeklagten mit

einer Gefängnißstrafe von vier Wochen zu ahnden hat. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, führte aus, daß in den beanstandeten Worten eine Beleidigung nicht zu finden sei, jedenfalls hätten die Angeklagten aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kammer Brausewetter war anderer Meinung. Die als Streikbrecher bezeichneten Bildhauer hätten weiter nichts gethan, als wozu jeder freie (!) Mann berechtigt sei, sie hätten gearbeitet, um ihre Familien ehrlich zu ernähren! Niemandem stehe das Recht zu, dieselben deshalb öffentlich zu beleidigen, wie es durch den erwähnten Zusatz gechehen sei. Die Strafe sei auf je vier Wochen Gefängniß bemessen worden.

Wir erlauben uns, über Streikbrecher anderer Meinung zu sein, als die „Brausewetter'sche Kammer“. Wie übrigens Streikbrecher, soweit sie nicht ganz indifferent oder ganz verkommen sind, über ihre Handlung denken, geht recht klar aus einem Briefe hervor, den einige Streikbrecher — allerdings in Frankreich — an den Fachverein ihrer Branche richteten. Der Brief lautet:

„An die Mitglieder des Fachvereins der Glasflasken-Arbeiter von Rive-de-Gier. Bürger! Ich bedauere tief die unüberlegte Handlung, die ich anlässlich des allgemeinen Ausstandes der Glasarbeiter-Genossenschaft beging, indem ich feige zur Arbeit zurückkehrte im Gegensatz zu allen Kameraden, die einmüthig feierten bis zum Tage der Befreiung und des Triumphs der in der Folge erzielten Rückforderungen, und von Gewissensbissen geplagt seit dem Tage meiner unqualifizirbaren Haltung wende ich mich an Euch, um den großen Fehler gut zu machen, den ich unter dem Druck der Arbeitgeber beging, und bitte den Fachverein, mir zu verzeihen und mich später in seinen Schooß aufzunehmen. Zugleich verpflichte ich mich, stets seine Satzungen und Weisungen zu beobachten und nie mehr die Rolle des Renegaten zu spielen. Meine Haltung seit jenem Tage schmerzt mich ungeheuer, nicht nur mich, sondern auch meine Kinder, die keine Achtung mehr vor einem Vater haben, der ihnen ein so schlechtes Beispiel gegeben hat. In der Hoffnung, Bürger, daß Ihr mein Gesuch günstig aufnehmen werdet, bitte ich Euch, an meine Aufrichtigkeit zu glauben. Gezeichnet: M. N.“

Recht kleinliche Pladereien haben die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen seit ihrem Bestehen schon tausendfältig durchmachen müssen. Die Behörden hätten an den Erfolgen dieser Pladereien längst einsehen müssen, daß damit nichts zu erreichen ist, sondern daß man damit nur zum Klassenhaß anreizt. Nichtsdestoweniger haben alle jungen Organisationen dieses Pladereisubium durchzumachen.

In Danzig ist es den Arbeitern nicht möglich, ein Lokal zu Versammlungen zu bekommen. Die kapitalistischen Besitzer der Lokale geben dieselben nicht her, und die alten Zunftgenossenschaften, die zum Theil auch Grundstücke mit größeren Lokalitäten besitzen, thun es den Kapitalisten, jedenfalls nicht ohne anderweitige Veranlassung, nach. Unter den Letzteren befindet sich auch „Die Brüderschaft der Danziger Zimmerleute“, wie wir zur Schande des neunzehnten Jahrhunderts nebenbei bemerken wollen.

Nun haben sich die Danziger Arbeiter, die zu den verpumpten Gesellschaften nicht gehören, zusammengesetzt und ein Lokal gemiethet; einen Konsumverein gegründet, damit sie in ihren Versammlungen auch eine Flasche Bier bekommen konnten. Das Unternehmen war bereits so weit gediehen, daß der Konsumverein fast allein die Lokalmiethe abwarf. Da wird zum Erstaunen der ganzen Stadt eine alte Verordnung, die thatsächlich kein Mensch mehr kannte, veröffentlicht, daß in Lokalen, die keine Schankkonzession haben, noch außerordentliche Verpflichtungen bestehen. Es giebt in Danzig nur dies eine Lokal, das die Konzession nicht hat. Nun sollen bei Versammlungen nicht mehr Personen eingelassen werden, als die Rechnung ergibt, daß für jede Person 1 1/2 qm Fläche und 10 cbm Luftraum vorhanden ist. Dadurch ist die Versammlungsfreiheit der Danziger Arbeiter wieder nahezu illusorisch gemacht.

Die Danziger Arbeiter werden aber trotzdem vorwärts schreiten.

Bermiſchtes.

Die Königsberger Genossen erlassen folgenden Aufruf:

Arbeiter! Parteigenossen!
Seit der Wahlbewegung des Jahres 1890 ist es der arbeitenden Bevölkerung in Königsberg unmöglich gemacht, in einem ihrer Stärke entsprechenden Saale zusammenzukommen, um ihre elende Lage zu besprechen. Das Koalitionsrecht existirt für die hiesige Arbeiterklasse nur auf dem Papier. Die Erziehung und Bildung der Massen im sozialdemokratischen Geiste ist deshalb mit großen Schwierigkeiten verknüpft, und es kann den kapitalistischen Parteien nicht der Widerstand entgegengelezt werden, der nothwendig ist, um unsere Gegner endgültig zu überwinden.

Die sozialdemokratische Agitation und Organisation kann nicht die Ausdehnung gewinnen und den Umfang annehmen, der erforderlich ist, um hier in den östlichen Grenzprovinzen, nahe dem russischen Despotenreiche, ein mächtiges Bollwerk der grade hier stark hervortretenden junkerlichen Ueberhebung und agrarischen Ausbeutung der Proletariermassen einen wirksamen Damm entgegenzusetzen.

Die hiesige Arbeiterklasse ist der Willkür und schrankenlosen Ausbeutung des Unternehmertums ausgesetzt, weil in Ermangelung eines geeigneten Versammlungsortes die Gewerkschaftsbewegung nicht gedeihen kann. Die ge-

samnte deutsche Arbeiterklasse hat somit unter der Bedürfnislosigkeit und den niederen Löhnen der ostpreussischen Bevölkerung, die nur zu oft als Lohnbrücker im westlichen Deutschland Verwendung findet, zu leiden. Daneben übt der Militarismus in hiesiger Provinz einen gewaltigen Druck auf die Lokalbewohner aus, so daß selbst nicht einmal die Gewerkschaften einen Saal zu einer Festlichkeit erhalten können.

Um diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu bereiten, ist die Erbauung eines Saales eine Nothwendigkeit geworden. Wir richten daher nicht nur an unsere ostpreussischen Genossen, sondern an unsere Genossen in Deutschland die Aufforderung, uns in diesem Vorhaben mit Geldmitteln zu unterstützen.

Alle Geldsendungen sind zu richten an den Kassirer der Kommission

F. Mahrenholz, Albertstraße Nr. 3.

Königsberg i. Pr., im September 1894.

Die Saalbaukommission.

Literarisches.

Heft 14 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Wörlein & Co. m. p., Nürnberg, ist soeben erschienen und enthält folgende größere Artikel:

Befähigungsnachweis, Belgien, Benzol und seine Derivate, Bergarbeiter (I. Bergbau, II. Ausbildung der Bergarbeiter, III. Statist. des Bergbaues und der Bergarbeiter, IV. Organisation und Lage der deutschen Bergleute a) im Privatbetrieb, b) im Staatsbergbau, V. Außerdeutsche Bergarbeiter-Organisationen und internationale Bergarbeiter-Kongresse, VI. Schutzesetze und Kassenwesen für Bergleute.)

Alle 14 Tage erscheint ein Heft. — Das Volks-Lexikon kann durch jede Postanstalt bezogen werden. Es ist im deutschen Postzeitungskatalog unter Nr. 6879a (9. Nachtr.), im bayerischen Postzeitungskatalog unter Nr. 760a (Nr. 25 des B. Bl.) eingetragen.

Der Hochverraths-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Delpner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 11. Lieferung. S. 481 bis 528. Preis 20 \mathcal{M} .

In dem soeben zur Ausgabe gelangten 11. Hefte dieses Werkes wird der Schluß des albernem Heinen'schen Soldatenflugblattes abgedruckt; um dasselbe drehen sich dann die Prozeßverhandlungen. Die Angeklagten, sowie die Mitglieder des Parteiausschusses wiesen mit Entschiedenheit jede Solidarität mit diesem Flugblatte zurück; so erklärte Liebknecht, daß bloß agents provocateurs oder Tollkopsen einfallen könne, mit Nachwerken, wie dem Heinen'schen Flugblatte, Propaganda unter den Soldaten zu machen. Die Erklärungen über dieses Flugblatt, sowie über die Person des Verfassers sind von bleibendem Interesse, ebenso die Darstellung des Verhältnisses des Partei-Ausschusses zum Generalrath der Internationalen. Sehr werthvoll sind auch die sich aus den Prozeßverhandlungen ergebenden Einblicke in die Thätigkeit der Parteilitung und die Schilderung ihres Verhältnisses zur Redaktion des Zentralorgans. In diesem Hefte wird die Vernehmung der Angeklagten zu Ende geführt und die Vernehmung der drei Partei-Ausschussmitglieder Bracke, Spier und Bohnhorst begonnen.

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1895. 17. Jahrgang. Verlag von Wörlein & Co. in Nürnberg. Preis 1. Qualität 75 \mathcal{M} , gewöhnliche Ausgabe 50 \mathcal{M} . Die Verlagshandlung bemerkt in ihrer Ankündigung des neuen Kalenders u. A.:

„In jedem Jahre sind wir bestrebt gewesen, irgend eine Verbesserung an unserem Kalender vorzunehmen. Voriges Jahr haben wir den Versuch gemacht, in Bezug auf den Einband der besseren Sorte eine Aenderung einzutreten zu lassen und haben die Neuerung der Kritik unserer werthen Kunden unterstellt. Dieselbe ist nicht zu Gunsten der probeweise eingeführten Einbanddecken ausgefallen, vielmehr wurden wir von allen Seiten aufgefordert, wieder zu der bewährten Einrichtung des steifen Klappdeckels zurückzulehren und dabei speciell die rothe Farbe zu bevorzugen. Wir sind diesem Wunsche nachgekommen und liefern daher in diesem Jahre Qualität I nur in derselben Ausstattung (briestafelartig mit Gummiwand) wie früher. Qualität II liefern in gutem Einbanddecken mit Bleistiftlösen. Da an dem Papier mancherlei Ausstellungen gemacht wurden, so haben wir nach dieser Richtung durchgreifend Wandel geschaffen, vor Allem den gelblichen Ton abgeschafft und völlig weißes Papier gewählt. Dasselbe ist in puncto Stoff so, daß es als gutes Schreibpapier bezeichnet werden kann. In Bezug auf die inhaltliche Bereicherung des 15 Bogen starken Kalenders verweisen wir besonders auf die im Inhaltsverzeichnis erwähnte „Praktische Anleitung zur gewerblichen Buchführung“, welche vielen unserer Abnehmer sehr willkommen sein wird. Auf besonderen Wunsch haben wir die Anleitung zur Berechnung der Alters- und Invaliditätsrenten wieder mit aufgenommen.“

Inhalts-Verzeichnis: Kalendarium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen nebst Geschäftskalenbarium. — Ueber Alters- und Invaliditätsrenten. — Tabelle zur Berechnung der Altersrente. — Tabelle zur Berechnung der Invaliditätsrente. — Zinsberechnungs-Tabelle. — Aus dem Gerichtskosten-Gesetz. — Aus der Gebührenordnung für Gerichtsvolkzhier. — Aus der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. — Post-Tarif.

— Lohn-Tabelle. — Multiplikations-Tabelle. — Münzgewichte in Deutschland. — Ueber Pferdekraft. — Maß- und Gewichts-Tabellen. — Münzwesen. — Papiergeld. — Gesetz, betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften. — Gesetz, betr. die Abzahlungsgeschäfte. — Praktische Anleitung zu der gewerblichen Buchführung. — Die Religionen der Erde. — Vom Jahr 1895. — Eine neue Posteinrichtung, Nachnahme mittels Postkarte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. — Inzerate. — Notizkalender. — Schreibpapier. Die Preise bleiben dieselben wie seither.

„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung und Aufklärung. Verlag von Josef Beranek in Reichenberg in Böhmen, Friedländerstraße 12. Bezugspreise: Vierteljährlich M. 1,20, ganzjährlich M. 4,80.

Das soeben erschienene Heft 9 bringt Artikel über: „Die schweizerische Fabrikinspektion in den Jahren 1892 und 1893“, „Ein vergessener Freiheitskämpfer“, „Die Arbeiterfrage“ u. A. m.

Komplete Jahrgänge von 1891, 92 und 93 giebt obige Buchhandlung zu herabgesetzten Preisen ab, was besonders für Bibliotheken sehr beachtenswert sein dürfte.

Quittung

der Hauptkassse des Verbandes deutscher Zimmerleute über eingegangene Gelder in der Zeit vom 1. bis 30. September 1894.

Es sandten: Altona M. 50, Boizenburg 28,42, Breslau 100, Bergedorf 121,10, Barth 35,20, Celle 90, Colberg 52,47, Dessau 10,65, Elmshorn 55,82, Ederförde 30, Falkenstein 26,25, Gadebusch — 25, Hamburg, Bez. III 240, Bez. V 100, Bez. VII 100, Bez. VIII 75, Bez. IX 40, Bez. X 72, Bez. XI 50, Kattowitz 4,20, Lauenburg 38,78, Lehe 140, Lübeck 170, Groß-Vichterfelde 2,45, München — 20, Neumünster 91,53, Neustadt i. N. 24,78, Neu-Ruppin 12, Rostock 100, Ritzdorf 24, Stettin 100, Stargard i. Pomm. 100,15, Weinheim 2,80, Wolfenbüttel 23,87, Warin 10, diverse Einzelzahler 121,45. Reise Unterstützung zurück: F. Möller M. — 50, G. Schulte — 50, F. Jink — 50, W. Weben — 50, R. Beyer — 50, H. Winter 1. Summa M. 2265,32.

H. Müllerstein, Kassirer.

Berichtigung.

In Nr. 39 d. Bl., im Abluß der Hauptkassse, heißt es unter „Ausgabe“, Zeile 2: „Für Hilfsarbeit M. 167,20“, richtig ausgedrückt soll dies heißen: „Für Vertretung des Vorstehers“. — Der Vorsteher befand sich für längere Zeit auf Agitation und ist dann die Summe für Vertretung vorausgab. Müllerstein, Hauptkassirer.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 10. Oktober, in Ottsen.
- Altenburg.** Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Baumberggasse.
- Bochum.** Sonntag, den 14. Oktober, in der „Germania-halle“.
- Briunm.** Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, bei Meyer.
- Cuxhaven.** Sonntag, den 14. Oktober, bei Wittwe Jier, in Ritzbüttel.
- Danzig.** Dienstag, den 16. Oktober, im Verbandslokal, Breitegasse 42.
- Elmshorn.** Sonntag, den 14. Oktober.
- Essen.** Sonntag, den 14. Oktober, bei Wittwe Kraß, Steelerstraße 11.
- Fürth.** Sonntag, den 14. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei Zied, Wassergrasse.
- Hannover.** Dienstag, den 16. Oktober, bei Bolte, Neuestraße 27.
- Hildesheim.** Dienstag, den 9. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wiese.
- Kiel.** Dienstag, den 9. Oktober, in den „Volkshallen“, Rehdensstraße 12.
- Königsberg.** Montag, den 8. Oktober, Abends 7 Uhr, auf der Herberge, Magisterstraße 45.
- Loffstedt.** Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Schlüter.
- Ludwigshafen.** Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstraße 47.
- Potsdam.** Dienstag, den 9. Oktober, bei Glaser, Brandenburgischer Kommunikation 16.
- Rathenow.** Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr, „Viebersbüchchen Bierhalle“.
- Ritzdorf.** Sonntag, den 14. Oktober, bei Schütze, Handjerystraße 7.
- Schwerin.** Dienstag, den 9. Oktober.
- Schleswig.** Dienstag, den 9. Oktober, auf der Herberge.
- Wandsbek.** Mittwoch, den 10. Oktober, bei Brunau, Hamburgerstraße.
- Weißensee.** Dienstag, den 9. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Jrgang, Charlottenburger- und Gablestraße-Ende.
- Wilhelmshaven.** Freitag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Heilmann, in Want, „Zur Arche“.

Anzeigen.

(Aunt Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Wir ersuchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Feslerstraße 28, 1. Et., einzusenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Todes-Anzeige.

Am 13. September starb unser treuer Kamerad **Josef Feiereis** im Alter von 48 Jahren. — Ehre seinem Andenken! [M. 3,80] Lokalverband Glogau.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet starb am 27. September im 59. Lebensjahre unser treues Verbandsmitglied **Christian Dressen.** Ehre seinem Andenken! [M. 3,60] Lokalverband Tschoe.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. (Eingeschriebene Hilfskassse Nr. 2 in Hamburg). **Vertliche Verwaltungsstelle Pinneberg.** **Mitglieder-Versammlung** am Sonntag, den 7. Oktober, Nachm. 4 Uhr, in der „Centralhalle“. Der Vorstand. NB. Es ist dringend nothwendig, daß jedes Mitglied erscheint. [M. 1,20]

Lokalverband Grünberg i. Schles. **Mitglieder-Versammlung** am Sonntag, den 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im „Goldenen Frieden“. Das Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht. [M. — 90] Der Vorstand.

Heidelberg. Die Adresse des Unterzeichneten ist vom 1. Oktober ab: **Unterneckarstraße Nr. 9.** [M. 1,80] F. Wiffi, Lokalkassirer.

Scherm's Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 8 Karten, gebunden Mark 1,50. Durch J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Genossen! Kauft nur den **„Blattfist „Solidarität“** von Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.

Neu! Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart. Neu!
Im Erscheinen ist gegenwärtig begriffen:
Lexikon der gesamten Technik
und ihrer Hilfswissenschaften. Im Verein mit Fachgenossen herausgegeben von Otto Lueger.
Erscheint in ca. 25 Abteilungen (von je 10 Bogen). Preis pro Abteilung M. 5.—
Alle 6 Wochen wird eine Abteilung ausgegeben.
Wer über einen Namen, einen Begriff, einen Gegenstand aus dem vielgestaltigen Gebiete der Technik und deren Hilfswissenschaften, über die Art von dessen Entstehung, Gewinnung, Verarbeitung, Verwendung etc. Auskunft erhalten möchte, der wird im „Lexikon der gesamten Technik“ in knapper, wissenschaftlicher, aber für den Gebildeten leicht fasslicher Form das Gewünschte finden. Es ist ein lexikalisches Nachschlagewerk für alle technischen Berufsarten, das in sich die Vorzüge der Kürze, Zuverlässigkeit und Vollständigkeit vereinigt.
Bestellungen nehmen alle Sortiments- und Kolportage-Buchhandlungen entgegen und liefern auf Verlangen gern die erste Hälfte der ersten Abteilung zur Ansicht ins Haus.

Berkehrslotale, Herbergen nsw.

(Jahres-Inferat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einfindung von M. 8.)

- Berita N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Hippel,** Marktstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Zulius Raumann, W.,** Kuhlstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslotal bei Joh. Bez., Töpferwiete 8.
- Breslau.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge. In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Verkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismardstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslotal (Privatlotale) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Fuß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Behl's** Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle 1.
- Zimmermann's** Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Die (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinhörweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Verkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.

- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeier, Wohldorferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Barmbeck.** Verkehrslotal für Zimmerer, Rud. Euerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Versammlungslotal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingfink, Ballhoffstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslotal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Wrage, Volkshalle“.
- Leipzig.** Verkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge H. Fleischergrasse, Max Saupé's Restaurant, Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Fritsche, Leipzig-Reuditz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Verkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: F. Strunk, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Verkehrs- und Versammlungslotal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Mostock.** Verkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Verkehrslotal bei H. Schulz, Adamstraße 9.
- Stettin.** Verkehrslotal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Harrath, Bogislavstraße 22
- Stuttgart.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslotal u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Want. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.